
Universität Pardubice

Philosophische Fakultät

**Der Vergleich der zwei größten Wirtschaftskrisen in
Deutschland**

Lada Zahálková

Abschlussarbeit
2010

Univerzita Pardubice
Fakulta filozofická
Katedra cizích jazyků
Akademický rok: 2008/2009

ZADÁNÍ BAKALÁŘSKÉ PRÁCE

(PROJEKTU, UMĚLECKÉHO DÍLA, UMĚLECKÉHO VÝKONU)

Jméno a příjmení: Lada ZAHÁLKOVÁ
Studijní program: B7310 Filologie
Studijní obor: Německý jazyk pro hospodářskou praxi

Název tématu: Porovnání dvou největších hospodářských krizí v Německu

Z á s a d y p r o v y p r a c o v á n í :

Studentka provede na základě studia odborné literatury analýzu hospodářské krize v Německu ve 30. letech 20. století a porovná ji s finanční a hospodářskou krizí ve Spolkové republice Německo v letech 2008-2010. Své srovnání zaměří na příčiny, průběh, řešení a výsledky obou situací.

Rozsah grafických prací:

Rozsah pracovní zprávy:

Forma zpracování bakalářské práce: tištěná

Seznam odborné literatury:

Geschichte der deutschen Wirtschaft im 20. Jahrhundert ? Reinhard Spree
Deutsche Wirtschafts- und Sozialgeschichte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ? Friedrich-Wilhelm Henning
Nationalsozialismus I., II. ? Informationen zur politischen Bildung (časopisy)

Vedoucí bakalářské práce: PhDr. Jan Čapek, Ph.D.
Katedra cizích jazyků

Datum zadání bakalářské práce: 30. dubna 2008

Termín odevzdání bakalářské práce: 31. března 2009



prof. PhDr. Petr Vorel, CSc.
děkan

L.S.



PhDr. Jan Čapek, Ph.D.
vedoucí katedry

V Pardubicích dne 30. listopadu 2008

Prohlašuji:

Tuto práci jsem vypracovala samostatně. Veškeré literární prameny a informace, které jsem v práci využila, jsou uvedeny v seznamu použité literatury. Byla jsem seznámena s tím, že se na moji práci vztahují práva a povinnosti vyplývající ze zákona č. 121/2000 Sb., autorský zákon, zejména se skutečností, že Univerzita Pardubice má právo na uzavření licenční smlouvy o užití této práce jako školního díla podle § 60 odst. 1 autorského zákona, a s tím, že pokud dojde k užití této práce mnou nebo bude poskytnuta licence o užití jinému subjektu, je Univerzita Pardubice oprávněna ode mne požadovat přiměřený příspěvek na úhradu nákladů, které na vytvoření díla vynaložila, a to podle okolností až do jejich skutečné výše.

Souhlasím s prezenčním zpřístupněním své práce v Univerzitní knihovně.

V Pardubicích dne 25. 3. 2010

Lada Zahálková

v. r.

Danksagung

An dieser Stelle möchte ich mich herzlich bei meinem Betreuer, Herrn Jan Čapek, für die Konsultationen und für die bereitgestellten Quellen bedanken.

Annotation

Diese Abschlussarbeit befasst sich mit der sogenannten Großen Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre des 20. Jahrhunderts, mit der Finanz-/Wirtschaftskrise im Zeitraum 2008-2010 und deren Vergleich. Die Arbeit ist nach der Entstehung, dem Ablauf, den Folgen und den eventuellen Lösungen gegliedert.

Schlüsselwörter

Wirtschaftskrise, Finanzkrise, wirtschaftliche Entwicklung, Rezession, Spekulation, Börsenkrach.

Název

Porovnání dvou největších hospodářských krizí v Německu

Souhrn

Tato bakalářská práce se zabývá tzv. Velkou hospodářskou krizí 30. Let 20. Století, finanční krizí v období 2008/2010 a jejich srovnáním. Práce je zaměřena na vznik obou krizí, jejich průběh, důsledky a případná řešení.

Klíčová slova

Hospodářská krize, finanční krize, ekonomický vývoj, recese, spekulace, burzovní krach.

Title

Comparison of two major economic crises in Germany

Abstract

This bachelor thesis describes so called "large economic crises" throughout 30th years of 20th century, financial crises during 2008/2010 and their comparison. The thesis focuses on origin of both crises, their development, consequences and eventual solutions.

Keywords

Economic crises, financial crises, economic development, recession, speculation, bank failure

Inhalt

EINLEITUNG.....	10
1 KRISEN IN DER WIRTSCHAFT ALLGEMEIN.....	12
1.1 Phasen des Wirtschaftszyklus.....	12
1.1.1 Die Aufschwungsphase (Expansion).....	13
1.1.2 Die Hochkonjunktur (Boom).....	13
1.1.3 Die Abschwungsphase (Kontraktion).....	13
1.1.4 Die Rezession.....	14
1.2 Was ist eine Krise in der Wirtschaft?.....	15
1.3 Wirtschaftskrise und Finanzkrise.....	15
1.3.1 Die Wirtschaftskrise.....	16
1.3.2 Die Finanzkrise.....	17
1.3.3 Die Krisenvermeidung.....	18
2 DIE WELTWIRTSCHAFTSKRISE 1929-1933.....	20
2.1 Der Weg in die Krise.....	20
2.1.1 Der geschichtliche Hintergrund.....	20
2.1.2 Wirtschaftliche Situation in Deutschland von 1920 bis zur Anfang der Krise.....	24
2.2 Die Zeit der Weltwirtschaftskrise.....	27
2.2.1 Die Agrarkrise.....	27
2.2.2 Die Bankenkrise.....	29
2.2.3 Wirtschaftliche und politische Situation in der Krise.....	31
2.2.4 Überwindung der Krise.....	34
2.2.5 Die Entwicklung der Reparationsfrage innerhalb der Krise.....	36
2.2.6 Die Arbeitslosigkeit während der Krise.....	37
3 DIE WELTFINANZKRISE 2008-2010.....	39
3.1 Der geschichtliche Hintergrund.....	39
3.2 Die wirtschaftliche Situation Deutschlands vor der Krise.....	43
3.3 Die Finanzkrise in Deutschland.....	45
3.4 Die Wirtschaftskrise.....	46
3.5 Die Arbeitslosigkeit während der Krise, Auswertung der Maßnahmen.....	52
4 DER VERGLEICH DER WIRTSCHAFTSKRISE DER 30. JAHRE DES 20. JAHRHUNDERT UND DER FINANZKRISE/WIRTSCHAFTSKRISE 2008-2010.....	54
4.1 Der allgemeine Vergleich.....	54
4.2 Die Arbeitslosigkeit.....	56
4.3 Die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes während der beiden Krisen.....	58

SCHLUSSWORT	60
RESUMÉ	62
LITERATURVERZEICHNIS	63
INTERNETQUELLEN	65

Einleitung

„Die Geschichte wiederholt sich.“

Dieses alte Sprichwort gilt heute gerade so wie vor Jahrhunderten und dessen zahlreiche Beweise kann man quer durch die Menschengeschichte finden.

Die vorliegende Arbeit stellt gerade zwei ganz ähnliche Ereignisse der Geschichte gleich und erläutert ihre Unterschiede und Ähnlichkeiten. Eigentlich überprüft sie gewissermaßen die Wahrheit dieses Sprichwortes.

Seit der Entstehung der Marktwirtschaft gab es verschiedene Wirtschaftskrisen. Diese waren früher aber nicht so schwerwiegend wie die in der „modernen“ Zeit, also seit der Zeit der Industrialisierung. Vor der Erfindung und Expansion der Elektrizität und verschiedenen Maschinen, welche die Produktion erleichterten, beschränkten sich die Krisen meistens nur auf die Landwirtschaft in Folge von Missernten. Der Anfang des 20. Jahrhunderts brachte auch eine engere wirtschaftliche Verbindung von mehreren Staaten, vor allem dank der neuen Transportmöglichkeiten. Es begann eine Handelskooperation, die die bisherige Nachfrage noch um die Auslandsnachfrage bereichert hat. Seit dieser Zeit spezialisieren sich fast alle Länder vor allem auf die Produktion, zu der sie die besten Voraussetzungen und Quellen haben und automatisch rechnen sie damit, dass sie den Rest der benötigten Produkte im Ausland besorgen. So entstand eine Vernetzung, die zwar positiv im Sinne von höherem Wohlstand wirkte aber später zum so genannten Domino-Effekt wesentlich beitrug.

Doch die Krisen gab es vor 1900 meistens im Rahmen eines Landes und über eine Weltwirtschaftskrise kann man erst im Zusammenhang mit der großen Weltwirtschaftskrise (1929 - 1930) sprechen. Diese betraf mit voller Wucht alle industrialisierte Länder und wurde für Jahrzehnte zu einer Warnung, dass es in der Wirtschaft nicht nur Blütezeiten gibt, sondern auch Phasen der Stagnation oder tiefem Absturz der wirtschaftlichen Prosperität. Erst seit dieser großen Krise nahm die ganze Welt diese Tatsache ernst wahr.

In meiner Abschlussarbeit wird man keinesfalls eine Anweisung zur Vorbeugung von Krisen oder zu ihrer Überwindung zu finden. Jede einzelne Krise ist einzigartig und deshalb erfordert sie spezielle Maßnahmen und Regelungen. Dazu sind Krisen ein natürlicher Bestandteil des Wirtschaftszyklus, deshalb wäre eine Vorbeugung unsinnig. Diese Arbeit dient ausschließlich zur Analyse der beiden größten Wirtschaftskrisen und zu ihrer Gleichstellung.

In dem ersten Kapitel werden einzelne Begriffe, die in der Arbeit auftreten, erklärt. Inhalt dieser Kapitel sind auch Beispiele der wirtschaftlichen Haupttheorien, die das Denken vor und in den Krisenzeiten hoch beeinflusst haben.

Das zweite Kapitel beschreibt die Weltwirtschaftskrise 1928 – 1933, ihren geschichtlichen Hintergrund, sowohl im Weltmaßstab als auch nur in Deutschland, behandelt die Situation im von der Krise betroffenen Deutschland, behandelt die einzelnen Gegenmaßnahmen und schließlich ihre Überwindung.

In dem dritten Kapitel wird die Weltwirtschaftskrise 2008-2010 erläutert, die ihr vorgehende Geschichte und wirtschaftliche Entwicklung, ihren Ablauf und weiter die Maßnahmen der Regierung zur Hemmung der Krise.

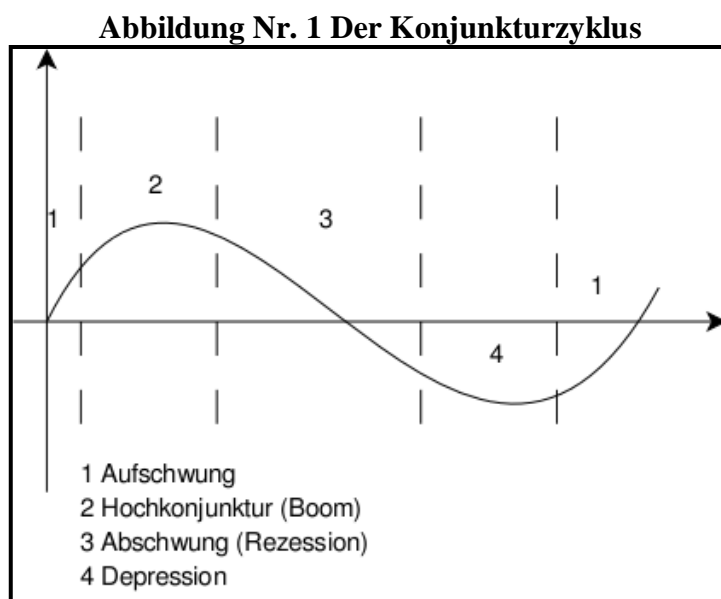
Das vierte Kapitel stellt die beiden Weltwirtschaftskrisen gegenüber, zunächst aus der allgemeinen Sicht und dann werden die Arbeitslosigkeit und das Bruttoinlandsprodukt näher verglichen.

1 Krisen in der Wirtschaft allgemein

Wenn man die Wirtschaft von einzelnen Staaten mehrere Jahre beobachtet, stellt man fest, dass es verschiedene regelmäßige Phasen gibt, während deren die Wirtschaft aufblüht oder abstürzt. Diese wiederholte Schwankung der Wirtschaftsaktivität (der Produktion, der Beschäftigung, Investitionen, Gewinne und weiteren Wirtschaftsgrößen) wird als Wirtschafts-, Industrie- oder Konjunkturzyklus bezeichnet.¹ Diese Phasen versucht man schon jahrzehntelang zu erforschen und zu beherrschen, aber nicht immer erreicht man ein zufriedenstellendes Ergebnis.

1.1 Phasen des Wirtschaftszyklus

Der Wirtschaftszyklus kann in vier unterschiedliche Phasen aufgeteilt werden. Diese werden als Aufschwungphase (Expansion), Hochkonjunktur (Boom), Abschwungphase (Kontraktion) und Rezessionsphase, die den niedrigsten Teil der Wirtschaft darstellt, bezeichnet.



Quelle: http://wikiii.de/wiki/Grundlagen_der_Volkswirtschaftslehre

Ursachen dieser Zyklen lassen sich entweder zu den externen oder zu den internen Faktoren zuordnen. Zu den externen Faktoren gehören zum Beispiel wichtige Erfindungen, Kriege und weitere politische und gesellschaftliche Ereignisse und zu den internen Faktoren

¹ Urban, J. (2006), S. 350

Verbrauchsentwicklung, Entwicklung von Unternehmensinvestitionen, wirtschaftspolitische Aktivität des Staates, u. ä.²

1.1.1 Die Aufschwungsphase (Expansion)

Die Aufschwungsphase ist eine Phase, die nach der Zeit der Rezession kommt. Die Wirtschaft kommt langsam zu ihren Kräften und tritt in die Aufschwungsphase des Wirtschaftszyklus ein. Unternehmen und Verbraucher gewinnen ein neues Vertrauen in die weitere Entwicklung der Wirtschaft und steigern ihre Ausgaben. Da allgemein bessere Wirtschaftsbedingungen erwartet werden, fließen mehr Investitionen in den Bereich der Ausweitung von Produktionskapazität. Dank dieser Erscheinung entstehen neue Arbeitsplätze und die Arbeitslosigkeit sinkt, was auch Einfluss auf das höhere Niveau von Verbraucherausgaben, weitere Expansion der Beschäftigung, Herstellung und Verbrauch hat.³

1.1.2 Die Hochkonjunktur (Boom)

Die Hochkonjunktur ist der Höhepunkt der Konjunktur: Die Unternehmen stellen mit voll oder fast voll ausgenutzten Kapazitäten her und Menschen, die eine Arbeit suchen, haben meistens kein Problem eine zu finden. Das Volumen der Verbraucherausgaben, Unternehmen- und Produktionsinvestitionen nimmt schnell zu.⁴

Für diese Phase ist auch eine Preissteigerung typisch, denn die Konjunktur befindet sich in einem Zustand mit voller oder fast voller Ausnutzung ihrer Quellen und die Güter- und Dienstleistungsnachfrage wird auch immer höher. Am Ende dieser Phase kommt es zum oberen Wendepunkt (Hochpunkt der Konjunktur). Erreicht die Wirtschaft eine Vollbeschäftigung und Vollausnutzung der Produktionskapazitäten, dann folgt der Übergang zur nächsten Phase.⁵

1.1.3 Die Abschwungsphase (Kontraktion)

„Die Kontraktion (Abschwung) fängt an, wenn die Ausgaben und die Beschäftigung in der Wirtschaft abnehmen.“⁶ Am Anfang dieser Phase beginnen Verbraucher und Unternehmen aus verschiedenen Gründen ihre Ausgaben einzuschränken. Wegen

² vgl. Urban, J. (2006), S. 350 - 351

³ vgl. Urban, J. (2006), S. 351 - 352

⁴ vgl. Urban, J. (2006), S. 351 - 352

⁵ vgl. Urban, J. (2006), S. 352

⁶ vgl. Urban, J. (2006), S. 352

übermäßiger Vorräte mindern die Unternehmen den Materialeinkauf und die Anwerbung von neuen Arbeitskräften. Statt in neue Maschinen und Gebäude zu investieren, sparen sie öfter. Dieses Verhalten verbreitet sich in der ganzen Wirtschaft und so werden die Aktivitäten immer zahlreicherer Unternehmen gesenkt. Die Nachfrage und Produktion wird geringer und manche Unternehmen sind deshalb dazu gezwungen, die Arbeitszeit und Arbeitnehmerzahl zu reduzieren. Einige Unternehmer und Verbraucher sind hinsichtlich ihrer Ausgaben auch nur deshalb vorsichtiger, weil Wirtschaftsexperten ankündigen, dass sich die Rate der wirtschaftlichen Aktivität in den nächsten Monaten vermindern wird.⁷

Das Einkommen von entlassenen Arbeitnehmern, die gleichzeitig Verbraucher sind, wirkt sich in ihren Ausgaben aus und folglich entstehen weitere Absatzschwierigkeiten. Diese dämpfen die Produktion, die Unternehmensgewinne gehen zurück, die Arbeitszeit wird verkürzt oder weitere Arbeitsplätze werden abgebaut.⁸

1.1.4 Die Rezession

Diese Phase stellt den Boden des Wirtschaftszyklus vor. Der Rücklauf von der Güter- und Dienstleistungsproduktion setzt sich fort, das Produktionsniveau ist wesentlich niedriger, als dies der Produktionskapazität der Wirtschaft entspricht. Einen Arbeitsplatz zu finden ist in der Regel sehr schwierig und die Arbeitslosigkeit wird zu einem hohen Wert. Eine starke und langfristige Rezession wird manchmal als Depression oder Krise bezeichnet und während ihres Ablaufes scheitern viele Unternehmen. Ein langfristigerer Wirtschaftssturz wird mit einem unteren Wendepunkt beendet.⁹

Diese Zyklen werden als „Juglarzyklen“ oder als mittelfristige Zyklen bezeichnet. Ihre Länge beträgt von 7-11 Jahren.¹⁰ Neben den Juglarzyklen sind in der Wirtschaft auch andere zu beobachten, z. B. kurzfristige Zyklen, die von Saisoneinflüssen verursacht werden (Wetter u. ä.), und langfristige Zyklen, die vor allem einen Zusammenhang mit bedeutenden Industrieinnovationen und mit Investitionswellen haben.¹¹ Dieser sog. Kondratieff-Zyklus dauert ca. 45-60 Jahren und bekannteste Belege dieser Zyklen sind u. a. die Zeit der Dampfkraft (1790-1813), Eisenbahn (1844-1874) und Elektrizität (1855-1916).¹²

⁷ vgl. Urban, J. (2006), S. 352

⁸ vgl. Urban, J. (2006), S. 352

⁹ vgl. Urban, J. (2006), S. 352 - 353

¹⁰ vgl. Dichtl, E. u. Issig, O. (1993), S. 1168

¹¹ Vgl. Urban, J. (2006), S. 352-253

¹² vgl. Dichtl, E. u. Issig O. (1993), S. 1168

1.2 Was ist eine Krise in der Wirtschaft?

Wie bereits oben erwähnt, ist die Krise eine Auswirkung einer Phase des Wirtschaftszyklus – der Rezession. Eine allgemeine Definition von dieser Erscheinung lautet:

„Die Krise ist ein Umkehrprozess des Wirtschaftszyklus in seinem höchsten Punkt, mit dem die Expansionsphase eingestellt wird, und die Wirtschaft gerät in die Depressionsphase.“¹³

Eine Erklärung von einem anderen Autor lautet: „Bei der Charakteristik von der Zyklusbewegung wird gewöhnlich auch der Begriff „Krise“ benutzt, der immer so eine Situation ausdrückt, wenn das reale Inlandsprodukt¹⁴ sinkt.“¹⁵

Periodische Krisen sind schon seit Jahrhunderten ein integrierender Teil der Wirtschaft. Wirtschaftswissenschaftler weisen darauf hin, dass vor der Großen Französischen Revolution vor allem die Agrarproduktionskrisen erschienen, während gleichzeitig mit dem Industriekapitalismus Krisen in Zusammenhang mit der Überproduktion auftauchten.¹⁶

Die Krisen und die Rezession allgemein haben aber nicht nur negative Folgen für die Wirtschaft. Sie rufen nämlich einen Sanierungsprozess hervor, während dem meist schwache Unternehmen scheitern und die effektiven und starken Unternehmen bleiben. Dieser Zustand hilft auch die Inflationsrate bzw. das Preisniveau zu senken.¹⁷

1.3 Wirtschaftskrise und Finanzkrise

Wenn schon eine Krise ausbricht, hat sie meistens einen ganz anderen Ablauf als jede bisherige. Die einzelnen Krisen unterscheiden sich u. a. im Umfang (d. h. welche und wie stark Bereiche der Wirtschaft betroffen sind), in ihrer Länge und Folgen.

Aufgrund der Globalisierung und sehr liberalen Finanzmarktgesetzen werden bei Wirtschaftskrisen einzelner Staaten immer mehr andere Staaten mitgerissen. In der Gegenwart ist also bei wirtschaftlichen Schwierigkeiten eines einzelnen Landes ein Übergang zu einer Weltwirtschaftskrise kein großes Problem.

¹³ Echaudemaison, C. (1995), S. 153

¹⁴ Das reale Inlandsprodukt besteht aus den statistisch gemessenen Inlandsprodukt, der nichtmarktwirtschaftlichen Tätigkeit und aus der marktwirtschaftliche Tätigkeit, die nicht statistisch gebucht sind.

¹⁵ Fuchs, K. u. Tuleja, P. (2003), S. 204

¹⁶ vgl. Echaudemaison, C. (1995), S. 153 - 154

¹⁷ vgl. Urban, J. (2006), S. 353

Es gibt sehr viele Krisenarten, deren Bestimmung vom betroffenen Bereich abhängt. Ich werde mich im Folgenden nur auf zwei Begriffe konzentrieren, auf die Wirtschaftskrise und auf die Finanzkrise, weil diese beiden die zentralen Begriffe dieser Arbeit sind.

1.3.1 Die Wirtschaftskrise

Die Wirtschaftskrise ist ein Begriff, der die Phase einer deutlich negativen Entwicklung des Wirtschaftswachstums oder anderen makroökonomischen Variablen (z. B. Preisniveau, Beschäftigung, Kapitalströme usw.) bezeichnet.

Beispiele von Theorien über Ursachen der Wirtschaftskrise

Diese Ursachen kann man grundsätzlich in endogene (d. h. primär innere, die Ursache von Krisen besteht in der Wirtschaft selbst) und exogene (d. h. primär äußere, die Krise entsteht wegen äußeren Ursachen) unterteilen.¹⁸

Monetaristisch-neoklassische Theorie

Der Grund von dieser Theorie ist die Stabilität eines marktwirtschaftlichen Systems. Ihre Befürworter lehnen staatliche Eingriffe in die Wirtschaft ab und setzen voraus, dass alle Arten der Wirtschaftsinstabilität Folge dieser Staatseingriffe sind. Der Staat sollte also auf seine aktive Wirkung auf die Marktwirtschaft verzichten und nur die besten und langfristig stabilen Bedingungen für eine richtige Funktion des Marktmechanismus zu bilden.¹⁹

Marxismus

Einer der bedeutendsten Wirtschaftswissenschaftlern Karl Marx hielt den Kapitalismus für ein labiles System, der bald überwunden sein muss. Seine Wirtschaftstheorien waren in seiner Zeit hoch geschätzt aber die gegenwärtigen Wissenschaftler weisen auf zahlreiche Fehler und Irrtümer in seinen Werken hin. Marx trug zwar viel zur Erklärung der Gleichgewichtsbedingungen bei aber zum Thema der Entstehung eines Ungleichgewichts, bzw. Krisen, entwickelte er keine eigene Theorie. Allerdings in Andeutungen weist er darauf hin, dass eine Wirtschaftskrise durch eine Überproduktionskrise verursacht ist. Den Industriezyklus begreift er als sich regelmäßig wiederholender Rückgang und Anstieg der Nachfrage nach disponiblen Arbeitskräften. Ein Anstieg der Arbeitskräftenachfrage führt also zur Steigerung der Entlohnung, dies steigert die

¹⁸ vgl. Rusmichová, L. u. Soukup, J. (2002), S. 74-79

¹⁹ vgl. Slaný, A. u. Žák, M. (1999), S. 71

Produktionskosten und beeinflusst so auch die Menge der produzierten Güter. Diese erhöhten Produktionskosten heißen eine Gewinnminderung. Dieser Gewinnabsturz wirkt dann negativ auf die Investitionsnachfrage aus, weil der Gewinn von den Investitionen gebildet wird.²⁰

Keynesianismus

Keynesianismus als neue Theorie entwickelte sich in 30. Jahren des 20. Jahrhunderts und bedeutete eine Revolution in der Wirtschaftstheorie. Der Grundunterschied des Keynesianismus gegenüber der klassischen Wirtschaftstheorie besteht darin, dass Keynesianismus das langfristige Wirtschaftsungleichgewicht zulässt. Keynes vermutete sich, die kapitalistische Wirtschaft nicht immer fähig sein wird, eine genügende Gesamtnachfrage zu erzeugen. Deshalb schlug er verschiedene Methoden und Instrumente vor, wie der Staat eine Nachfrage und damit die ganze Wirtschaft steuern könnte, was wieder der „alten“ klassischen Theorie widersprach, denn die klassische Theorie prägt eine selbstständige Wirtschaft ohne staatlichen Eingriffen.²¹

1.3.2 Die Finanzkrise

Die Finanzkrise ist eine Art der Wirtschaftskrise, die den Finanzbereich betrifft. Sie kann sich auch auf weitere Wirtschaftsbereiche ausbreiten und so eine Krise der ganzen Wirtschaft verursachen, was eigentlich der Fall der Weltwirtschaftskrise in 30. Jahren des 20. Jahrhunderts war.

“Die Finanzkrise in entwickelten Ländern erscheint sich entweder als Bankenkrise oder als Währungskrise. Für Entwicklungsländer sind die Kombinationen von beiden diesen Krisen mit begleitenden Schwierigkeiten bei der Tilgung von äußeren Verschuldung.“²²

Diese Krisen, auch wenn sie fast jedesmal unterschiedliche Auswirkungen haben, sind für einzelne Wirtschafte sowie für ganze internationale Gemeinschaft (wegen der umfangreichen Kosten, welche ausgegeben werden müssen für Maßnahmen, um Krisenverbreitung auf andere Staaten zu vermeiden) sehr aufwendig.²³

Ursachen der Finanzkrise

Trotz der Einzigartigkeit jeder Krise lassen sich gemeinsame Züge erkennen – vor der Finanzkrise kommt es oft zu einer Finanzderegulation und zur Liberalisierung der

²⁰ vgl. Šik, O. (1991), S. 73 - 78

²¹ vgl. Slaný, A. u. Žák, M. (1999), S. 182 - 183

²² Cihelková, E. u. Kunešová, H. (2006), S. 51

²³ vgl. Cihelková, E. u. Frait, J. (2008), S. 82

Kapitaltransaktionen. Dann folgt ein Zeitabschnitt, bei dem das Kapital in extrem hoher Masse ins Land zufließt, was durch günstige Bedingungen des bestimmten Finanzmarktes verursacht wird. Wenn aber der Kapitalzufluss zu stark überhöht wird, folgt die Verschlechterung des äußeren Gleichgewichts und zur Schwächung des Finanzsektors. Zum Ausbruch einer Finanzkrise reichen dann nur Veränderungen der makroökonomischen Regulation in anderen Ländern, die den Kapitalstrom umlenken. Der Kapitalabfluss führt zur Devaluation der Währung und zu den Kapitalverlusten bei den Investoren, die sich gegen das Kursrisiko nicht abgesichert haben. Bei jeder Finanzkrise entsteht auch eine Panik und die Investoren fliehen aus dem Land, was auch eine Erhöhung der Zinssätze nicht abwenden kann.²⁴

Wegen heutiger Neigung zur Globalisierung und Liberalisierung (nicht nur) der Finanzmärkte ist die Erscheinung dieser Krisen immer öfter und mit schwersten Folgen.

Arten der Finanzkrise

Währungskrise

Sie beginnt in der Regel nach einem spekulativen Angriff auf den Devisenkurs, was zur extremen Devaluation oder zur wesentlichen Abwertung oder zur Erhöhung von Zinsraten führt.²⁵

Bankenkrise

Diese Krise ist meistens ein begleitender Faktor einer Währungskrise und ist mit übermäßigen Krediten für spezifische Aktiven (z. B. Immobilien, Aktien) mit spekulativ überhöhten Preisen verbunden. Oft sind dabei auch eine schwache Finanzregulation und eine nicht genügende Finanzaufsicht behilflich.²⁶

1.3.3 Die Krisenvermeidung

Die Regierungen von entwickelten Ländern bemühen sich schon jahrzehntelang ihre Wirtschaft zu stabilisieren. Diese Bestrebungen kann man vor allem seit der Zeit der Großen Weltwirtschaftskrise beobachten. Die Wirtschaftswissenschaftler entwickeln immer neue Theorien oder mindestens aktualisieren die alten Theorien. Wahrscheinlich war diese Forschung der Grund für wesentliche Reduktion von Krisen in der Zeit seit dem Ende der

²⁴ vgl. Cihelková, E. u. Kunešová, H. (2006), S. 51 - 52

²⁵ vgl. Cihelková, E.; Frait, J. (2008), S. 176

²⁶ vgl. Cihelková, E. u. Kunešová, H. (2006), S. 52

Großen Weltwirtschaftskrise bis heute. Doch ein hundertprozentiges „Anti-Krisen-Rezept“ gibt es bis heute nicht. Denn jede Krise ist irgendwie einzigartig.

Allerdings lässt sich ein grober Plan für die Krisenvorbeugung skizzieren: als die erfolgreichste Wirtschaftstheorie erwies sich in diesem Fall das Keynesianismus. Man sollte sich vor allem auf die Regulation der Gesamtnachfrage (Stimulation oder Restriktion) mit dem Ziel, hohe Arbeitslosigkeit zu senken oder die Inflationsrate zu reduzieren, konzentrieren.^[28] Die Regierung sollte die Instrumente der fiskalischen oder monetären Politik vernünftig und rücksichtsvoll anwenden und muss fähig sein, im Falle irgendwelcher Änderungen der äußeren Bedingungen schnell zu reagieren.²⁷

Voraussetzungen für eine Krisenvorbeugung sind vor allem eine stabile und langfristig haltbare makroökonomische Politik, die auf das Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit jeweiliger Wirtschaft orientiert ist, weiter ein Funktionierender Markt, der rechtlich abgesichert ist, und eine Aufsicht für das Banken- und Finanzsystem, womit Währungsrisiko gemindert wird.²⁸

Aber auch wenn alle diese Bedingungen eingehalten werden, ist kein null Krisenrisiko gewährleistet. Vor allem wegen der gegenwärtigen Globalisierung und Liberalisierung des Marktes sind äußere Einflüsse auf die Volkswirtschaft immer stärker und immer häufiger auftretend und der Staat hat meistens nur beschränkte Möglichkeiten zum Schutz.

²⁷ vgl. Cihelková, E. u. Kunešová, H. (2006), S. 57

²⁸ vgl. Cihelková, E. u. Kunešová, H. (2006), S. 56 - 57

2 Die Weltwirtschaftskrise 1929-1933

Diese Weltwirtschaftskrise ist ohne Zweifel die größte Weltwirtschaftskrise auch bis heute. Deshalb schreibt man ihren Name schon mit großem „G“. In der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg verursachte sie einen riesigen Schock und bis heute herrscht der Angst, dass sich etwas Ähnliches wiederholen könnte.

2.1 Der Weg in die Krise

Die Wirtschaftskrise in Deutschland wurde nicht nur durch das Börsen-Crash in den USA verursacht, sondern gab es zahlreiche geschichtliche Ereignisse, die zu ihrer Entstehung wesentlich beitrugen.

2.1.1 Der geschichtliche Hintergrund

Der Weg in die Weltwirtschaftskrise begann eigentlich schon mit dem Anfang des Ersten Weltkriegs. Gegen Jahrhundertwende erlebte deutsche Wirtschaft einen kräftigen Aufschwung – im Jahre 1900 gehörte das Deutsche Reich dank seiner Wirtschaftsleistung zu der Weltwirtschaftsspitze. Aber mit dem Ersten Weltkrieg brach die Dynamik des wirtschaftlichen Wachstums ab.²⁹

Die Zeit am Ende des 19. Jahrhunderts wurde vor allem durch Industrialisierung geprägt, die erst zwischen 1900 und 1914 ihren Höhepunkt erreicht hatte.³⁰ Gerade in dieser Zeit ist eine Tendenz zum Schaffen von Kartellen, Trusts oder ähnlich gearteten Vereinigungen, um die Konkurrenz zu beseitigen, sehr markant.³¹ Diese Unternehmensformen haben die Bedingungen des Wirtschaftswettbewerbs ganz deutlich beeinträchtigt.

In dieser Zeit gab es allgemeine Tendenzen zu den Zusammenschüssen vielen Organisationen und zu größeren Betriebe (gemessen an der Zahl der Beschäftigten und am Produktionsvolumen), die sich aber dann später in der Wirtschaftskrise als negativ zeigten, weil diese mehr auf den überörtlichen Markt ausgerichtet waren und sind und daher sowohl

²⁹ vgl. Spree, R. (2001), S. 73 - 74

³⁰ vgl. Spree, R. (2001), S. 90

³¹ vgl. Henning, F.-W. (2003), S. 510 - 511

vom Rückgang des Exports als auch von der Reduzierung der inländischen Nachfrage betroffen wurden.³²

Genau die gleiche Tendenz war aber auch im Finanzsektor bemerkbar. Am Anfang der 70. Jahre des 19. Jahrhunderts entstanden große Banken, die immer öfter zu Miteigentümern und Eigentümern der Großbetriebe wurden. Die Besitzer von diesen Banken und Großbetriebe verfügten über größten Teil des gesellschaftlichen Reichtums und so konnte diese kleine Gruppe die Politik, aber auch andere Bereiche wie Kultur und Presse, beeinflussen.³³ Zwischen 1924 und 1929 erlebten diese Großbanken („Berliner Großbanken“) eine Expansion, wenn sie eine ganze Reihe von kleineren und Regionalbanken übernahmen, was wieder einen negativen Einfluss in der Wirtschaftskrise hatte und zwar auf die Liquidität der Wirtschaft.³⁴ Diese Neigung zu Monopolen war allerdings typisch nicht nur für Deutschland.

Den Anfang des 20. Jahrhunderts kann man als internationalen Rüstungswettbewerb bezeichnen. Die soziale und politische Situation führte unvermeidlich zum Ersten Weltkrieg. Alle beteiligten Mächte glaubten an sicheren Sieg und setzten schon den Erwerb von neuen Kolonien und andere Kriegsgewinne voraus, so dass es zwar verschiedene Friedenskonferenzen gab aber niemand ihnen großen Wert zuschrieb.

Der Erste Weltkrieg zerstörte fast ganzen Internationalhandel in Europa, die Menschen litten unter dem Nahrungsmittelmangel, weil die ganze Wirtschaft und Produktion nur auf die Militarisierung ausgerichtet wurde. Auf diesem Krieg verdienten mehr oder weniger nur die USA. Ihre Exporte von verschiedenen Gütern waren in Europa sehr willkommen und dazu gab es wegen den Kriegskosten hohe Nachfrage nach Krediten. Die USA wurden vom Krieg nicht direkt betroffen und ihre Wirtschaft erlebte in dieser Zeit eine Konjunktur.

Zu den Kriegsgewinnern wurden im Jahre 1918 die sog. Entente-Mächte.³⁵ Dieser Krieg bedeutete für ganze Europa große Veränderungen. Es gingen 4 Monarchien unter, die russische, die österreichisch-ungarische, die deutsche und die türkische Monarchie. In Europa entstanden neue Staaten.

Die deutsche Monarchie scheiterte und im Jahre 1919 entstand die Weimarer Republik. Schon vorher gab es in Deutschland häufige Unruhen, die aus großem Teil mit der

³² vgl. Henning, F.-W. (2003), S. 509 - 510

³³ vgl. Kouřimská, M. (1999), S. 120

³⁴ vgl. Henning, F.-W. (2003), S. 520

³⁵ Entente-Mächte (auch Triple Entente, Einvernehmen, Vereinbarung, Absprache) waren ein Militärbündnis in dem Ersten Weltkrieg. Die Mitglieder: Frankreich, Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Irland, Russland, Italien (ab 1915) und teilweise auch USA („assoziierter Mitglied“).

angenommenen Staatsform nicht zufrieden waren – vor allem Rechtsextremisten (sie strebten nach Monarchie) und Linksextremisten, die die Oktoberrevolution in Russland als Vorbild hatten. Der Druck dieser Linksextremisten trug zumindest zu sozialpolitischen Neuerungen bei, welche z. B. die Schaffung von Betriebsräten, die sich an der Betriebsführung beteiligen konnten (obwohl die reale Macht zu klein war), Tarifautonomie für Arbeitnehmer und Arbeitgeber, die 48-Stunden-Woche - schon im Jahre 1918 (1924 wieder aufgehoben) und Mutterschutz waren.³⁶

Deutschland wurde als Verursacher des Weltkrieges bezeichnet und musste die Folgen seines Verhaltens tragen. Am 26. Juni 1919 unterschrieb die deutsche Delegation – trotz ihrer Einwände, auf Druck der Alliierten - den Friedensvertrag in Versailles, der die Sanktionen festlegte. Damit verpflichtete sich Deutschland unter anderem zu:

Gebietsabtretungen (13% des Landgebietes, vor allem zu Gunsten von Polen und Frankreich). Auf diesen Gebieten war aber ein wesentlicher Teil der deutschen Steinkohl-, Eisenerz-, Roheisenproduktion und ähnliches konzentriert.

der Verzichtung auf alle seine Kolonien und Auslandinvestitionen.

- der Abgabe aller schweren Waffen und einem Teil der leichten Waffen, der Großteil von Schiffe, eine große Menge von Lokomotiven, Wagons, und chemischen Produkten.

den Lieferungen von Steinkohle, Metalle und chemischen Produkten.³⁷

- der Tilgung von sog. Reparationen, welche erst im Jahre 1921 auf 226 Mrd. Goldmarken³⁸ genau festgelegt wurden, welche sich die Alliierten unter sich verteilen.

der Lieferung bestimmter Rohstoffe (wie z. B. Steinkohle) für die Siegermächte für die Dauer von 10 Jahren.³⁹

Dazu verbot dieser Vertrag eine größere Armee in Deutschland zu formieren und auch die Rüstung wurde stark eingeschränkt.⁴⁰

Der Erste Weltkrieg rief Inflationsprozesse aus, die in einer unterschiedlichen Intensität einzelne Wirtschafte betrafen. Die größten Inflationsprobleme traten im durch den Krieg zerstörten Europa auf. Die Regierungen von europäischen Ländern neigten zur

³⁶ vgl. Henning, F.-W. (2003), S. 554

³⁷ Der Wert von diesen Produkten wurde von den Reparationsforderungen abgezogen.

³⁸ Die Goldmark – die Währung des deutschen Kaiserreiches (1871-1918). Der Ausdruck „Goldmark“ ist erst nach 1914, zur Unterscheidung gegenüber der durch Inflation entwerteten Papiermark entstanden. Die Währung hieß offiziell Mark.

³⁹ vgl. Henning, F.-W. (2003), S. 264 - 270

⁴⁰ vgl. Faltus, J. u. Průcha, V. (1996), S. 47 - 48

Ablösung der Goldwährung durch den Gold- und Devisenstandard und zur Herausbildung des Dollars als Leitwährung. Das Prestige Europas in der Weltwirtschaft sank erheblich. Zum „Modetrend“ in dieser Zeit wurde auch die Desintegration der Weltwirtschaft, fast jedes europäisches Land bemühte sich um die Autarkie, das wirkte sich vor allem auf die exportorientierten Ländern aus. Dazu gehörte auch Deutschland. Auch das ursprünglich freihändlerisch orientierte Großbritannien führte im Jahre 1921 unter dem Druck der Nachkriegs-Deflationskrise Schutzzölle für industrielle Produkte ein. Das Exportvolumen ging zurück was zu einer Unterbeschäftigung und schließlich auch zur Krise führte.⁴¹ Diesen Maßnahme folgten viele Länder nach.

Der wirtschaftliche Einfluss der USA festigte sich schon während des Weltkrieges, als die Börse in New York die ursprüngliche bedeutendste in London ersetzte – was den Wert und das Prestige angeht. Die USA erlebten eine intensive Konjunktur und auch wenn es zu dieser Zeit nicht nötig war, übten sie immer ihre Hochzollpolitik aus, was die Exportmöglichkeiten anderen Ländern wesentlich beschränkte und was auch die Labilität des internationalen Handelssystems vergrößerte.

Während des Konjunkturaufschwungs der USA stiegen auch die Aktienpreise und zwar ständig und aus großem Teil spekulativ. Die Aktienpreise haben sich in Jahren 1928-1929 zirka verdoppelt und es war klar, dass es sich um eine „Spekulationsblase“ handelt. Die Expansion gipfelte im Sommer 1929 und schon damals wurde unzweifelhaft, dass es bald zu einer Umkehr kommt. Zwei Monate später – 24. Oktober 1929 – stürzten alle Aktienpreise ab. Alle waren überrascht, denn sie glaubten, dass der Wirtschaftsaufschwung nie enden kann. Das wirkte sich in das Vertrauen zu gesamten Finanzsystem aus, infolge dessen die meisten Gläubigen ihre Einlagen von den Banken abhoben, was im Herbst 1930 eine Bankenkrise verursachte. Die USA gerieten in eine tiefe Rezessionsphase und Erscheinungen, wie Bankrotte, der Produktionsrückgang, der Anstieg der Arbeitslosigkeit und der Nachfragerückgang, waren an der Tagesordnung. Es waren fast alle Bereiche der Wirtschaft betroffen.⁴²

Die US-Wirtschaftskrise verbreitete sich bald “dank“ den engen Handelsbeziehungen auch nach Europa und hatte gerade hier so starken Ablauf wie in ihrem Ursprungsland.

⁴¹ vgl. Kouřimská, M. (1999), S. 97 - 99

⁴² vgl. Holman, R. (2005), S. 522 - 523

2.1.2 Wirtschaftliche Situation in Deutschland von 1920 bis zur Anfang der Krise

Das Wachstum des industriekapitalistischen Systems wurde durch den Ersten Weltkrieg unterbrochen. Die Bevölkerungsanzahl wies wegen dem Krieg eher den Rückgang auf, der technische Fortschritt verlangsamte sich und die Industrialisierung wegen niedrigen Exportmöglichkeiten stagnierte. In den 1920er Jahren ging es also (nicht nur) in Deutschland eher um Rationalisierung und Konsolidierung, als um industrielle Expansion. Trotz all dieser Wirtschaftsbedingungen lebte Deutschland außenwirtschaftlich über seine Verhältnisse. Und nicht nur Deutschland, sondern die Mehrzahl der europäischen Länder. In den Aufschwungjahren der Weimarer Republik wies die deutsche Wirtschaft hohe Defizite auf, welche vorsichtiger gewacht und geplant werden sollten.⁴³

Die deutsche Wirtschaft war nach dem Ersten Weltkrieg fast zerstört. Diese Situation war das Ergebnis des durch den Krieg zerstörten Produktionssystems aber den größten Einfluss hatten dabei die Bedingungen des Versailler Vertrags - Verlust von abgetrennten Gebieten mit dem Rohstoffvorkommen, der Abzug von den für die Wirtschaft wichtigen Verkehrsmitteln und das größte Problem – überhöhte Reparationszahlungen. Deutschland konnte (und wollte) diese Zahlungen einfach nicht tilgen, weil es mit dem erforderlichen Geld nicht disponierte. So musste es immer mehrere Kredite aufnehmen, um diese Reparationen zahlen können.

Um die Wirtschaftssituation besser bewältigen zu können, wurden verschiedene Schritte unternommen, z. B. im Jahre 1920 wurde der sog. Wirtschaftsrat gegründet, der aus Arbeitern, Angestellten, Unternehmern „und sonst beteiligten Volkskreisen“ gebildet war. Seine Hauptaufgabe war eine Mitwirkung an der Gesetzgebung und zwar mittels der Begutachtungen von sozial- und wirtschaftspolitischer Gesetzentwürfen oder mittels eigenen Gesetzesvorlagen sozial- und wirtschaftspolitischen Inhalts an den Reichstag.⁴⁴

Die nach dem Ersten Weltkrieg entstandenen Inflationsprozesse hatten eine eindeutige Ursache in der Währungsreform von 4. August 1914. Deutschland löste sich mittels des Gesetzes von der Goldstandart ab, um mehr Geld für den Krieg zu haben. Während des Krieges wusch die Anzahl des umlaufenden Geldes ständig an. Bis zum Ende des Ersten Weltkrieges waren die Preise aber offiziell fix festgelegt, so konnte sich die Inflation nicht mit voller Kraft auswirken. Das änderte sich aber mit dem Beginn des Friedens und mit der

⁴³ vgl. Henning, F.-W. (2003), S. 67 u. 101

⁴⁴ vgl. Henning, F.-W. (2003), S. 559 - 561

Erneuerung der Marktwirtschaft. Nach 1918 verstärkte sich die Inflation vom Jahr zu Jahr.⁴⁵ Auch die Kriegsschulden (etwa 154 Mrd. Goldmarken), die später angeordnete Reparationen und riesige Kosten für die Wiederherstellung des zerstörten Landes trugen zur Wirtschaftssituation Deutschlands nichts Positives bei. Trotzdem setzte die Emission von Banknoten weiter und beschleunigte damit die Devaluation.

Dieser Weg konnte nur zur Hyperinflation führen. Diese erschien sich im Sommer 1922 und dauerte über ein Jahr. Wie stark die Inflation war, lässt sich am Brotpreis gut illustrieren: ein Kilogramm kostete in Mitte Mai 474 Mark, Mitte Juli 2200 Mark, am 3. September 274 000 Mark, am 1. Oktober 14 Millionen und Ende Oktober fast 5,6 Mrd. Mark.⁴⁶

Als die Reaktion auf Hyperinflation kam 1923 eine Währungsreform, die eine zweite Währung zu der bisherigen einführte. Diese Währung wurde als „Rentenmark“ benannt, war hypothekarisch abgesichert und man gab nur eine strikt limitierte Menge aus. Diese Maßnahme half zur Beendigung der Inflation und zur Wiedereinsetzung des Vertrauens ins Papiergeld.⁴⁷ Ende 1923 wurde der Wechselkurs der Mark zu Dollar und später noch Kurs der Mark zur Rentenmark. So wurde die Währung stabilisiert. Diese Inflation prägte sich tief ins Gedächtnis der Deutschen – vor allem der Wirtschaftswissenschaftler – und beeinflusste ihre Ansichten noch lange nach ihrem Ende.

Allerdings zeigte sich dank dieser Inflation die Wirtschaftssituation Deutschlands. Es protestierte immer gegen zu hohen Reparationen und wies auf die Unmöglichkeit, diese zu zahlen, hin. Das führte zur Ruhrbesetzung am 11. Januar 1923 von französischen und belgischen Truppen. Die USA und Großbritannien mussten die Situation in Deutschland lösen und die internationalen Beziehungen beruhigen. Deshalb wurden zwei Sachverständigenkommissionen eingesetzt um die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und der Reichshaushalt zu überprüfen. Das Ergebnis der zweiten, wichtigeren Kommission war sog. Dawes-Plan⁴⁸, weil man nach dem Begutachten anerkennen musste, dass Deutschland nicht in der Lage ist, die Reparationen zu leisten. Das Ziel dieses Planes war, die deutsche Wirtschaft zu stabilisieren (Inflation zu überwinden, Reichshaushalt zu sanieren, Investitionstätigkeit anzukurbeln) und damit die Fähigkeit Deutschlands zur Reparationszahlungen zu unterstützen. Die Reparationszahlungen wurden also auf längere Zeit verteilt und gesenkt. Deutsche Wirtschaft wurde einer internationalen Aufsicht

⁴⁵ vgl. Spree, R. (2001), S. 143 - 144

⁴⁶ vgl. Spree, R. (2001), S. 144

⁴⁷ vgl. Spree, R. (2001), S. 144 - 146

⁴⁸ vgl. Henning, F.-W. (2003), S. 354 - 357

untergeordnet.⁴⁹ Dazu bekam Deutschland von den USA einen neuen Kredit als die Unterstützung des Wirtschaftswachstums. Mit der Umsetzung des Dawes-Planes wurde in Deutschland der Goldstandard wieder eingeführt.⁵⁰ Dank diesem Plan wurden die Streitigkeiten über Reparationen zwischen Deutschland und Belgien und Frankreich ruhiggestellt und so kam es innerhalb des Jahre 1925 zur Räumung des Ruhrgebietes von Fremdstreupen.

Wegen der wirtschaftlichen Probleme entstand in Europa ein neues Phänomen – die Massenarbeitslosigkeit. In Deutschland war dies stark zu spüren während ganzen 20er Jahre. Im Jahre 1924 war die Arbeitslosenzahl höher als 900 000, im Jahre 1926 stieg sie über 2 Millionen an und bis 1929 bewegte sich zwischen 1,3 und 1,9 Mill.⁵¹ Seit 1924 floss nach Deutschland das Auslandskapital (sog. Dollar-Spritzen), das eine Ankurbelung der Industrie und der Landwirtschaft beibrachte. Bis Ende der 20er Jahren wurde Deutschland wieder zur Spitze in der Industrieproduktion, auch trotz den Abtrennungen der umfangreichen Gebiete. Dazu trug vor allem die Schwerindustrie bei.⁵²

Deutschland musste solche Maßnahmen ergreifen, um das Geld für die Absicherung der Arbeitslosen zu gewinnen, weil so hohe Kosten zur Bedienung des Arbeitslosengeldes für den Reichshaushalt (bzw. für den Haushalt der Gemeinde und Länder, die bisher Auszahlung des Arbeitslosengeldes vorsorgten, was ganz chaotisch war) unerträglich waren. Deshalb trat ab 1928 ein neues Gesetz, das Errichtung der Arbeitslosenversicherung (in der Höhe von 3%) beinhaltete, in Kraft – auch auf Drängen der Alliierten, mit denen gerade die Verhandlungen über Reparationen abliefen. Diese Versicherung hatte das gleiche Prinzip wie Sozialversicherung, also musste sie von Unternehmen und Arbeitnehmer gezahlt werden. Die Arbeitslosenversicherung hatte die Arbeitsamtsverwaltung als Auftrag, neben anderen Aufgaben, wie Berufsberatung und Arbeitsvermittlung, hatte.⁵³

Das Bild Deutschlands im internationalen Sinne verbesserte sich langsam. Das bewies unter anderem auch das, dass Deutschland als Mitglied von verschiedenen Bündnissen eingenommen wurde – z. B. von der Völkerbund (1927). Die außenwirtschaftliche Souveränität gewann Deutschland erst 1925 zurück, bis dieser Zeit waren die Deutschen auf verschiedenen Handelskonferenzen nur Zaungäste.⁵⁴

⁴⁹ vgl. Faltus, J. u. Průcha, V. (1996), S. 48

⁵⁰ vgl. Spree, R. (2001), S. 146

⁵¹ vgl. Spree, R. (2001), S. 74

⁵² vgl. Faltus, J. u. Průcha, V. (1996), S. 48

⁵³ vgl. Henning, F.-W. (2003), S. 554 - 557

⁵⁴ vgl. Spree, R. (2001), S. 99

Bereits Ende 1927 wurde eindeutig klar, dass der Dawes-Plan nicht durchgeführt werden konnte, weil die Kredite aus den USA nur zur Bedienung der Reparationszahlungen dienten. Der Dawes-Plan hatte allerdings den Status der „vorläufiger Regelung“, die nur im Falle neuen Regelungen endgültig würde. Ab Februar 1929 verliefen verschiedene Verhandlungen über eine neue Regelung der Reparationen, wobei vor allem die rechtsextreme Politiker wie Hugenberg und Hitler zu bekannten Personen wurden. Die demokratischen Parteien äußerten sich für die Annahme des Young-Plans, weil sie überzeugt waren, dass dieser Plan der deutschen Wirtschaft helfen konnte. Eine ganz gegenteilige Meinung hatten aber Wirtschaftswissenschaftler, Rechtsextremisten und auch der damalige Reichspräsident H. Schacht, der später aus seiner Funktion als Protest gegen die Annahme Young-Plans ausschied.⁵⁵

Der Young-Plan wurde 1929 angenommen und bis 1930 modifiziert. Seine Hauptergebnisse waren: die Absenkung der Reparationen, die bis zum Jahre 1988 gezahlt sein sollten, und ein neu geleisteter Kredit (351 Mill. Dollar) von USA wegen der Devisenbeschaffung.⁵⁶ Die Reparationsbedingungen waren also gemildert, aber das reichte dem deutschen Reich nicht. Diese Zahlungen hießen für seinen Haushalt große Belastung, so strebte man nach der Erlassung der Reparationen, wie dies 1930 in Österreich geschah.

2.2 Die Zeit der Weltwirtschaftskrise

Für die Zeit der Weltwirtschaftskrise wird offiziell, in ganzer Welt, der Zeitraum von 1929 (Börsenkrach in den USA) bis 1933 gehalten. Doch diese Krise war eigentlich in jedem Land einzigartig – hatte verschiedenen Anfang, verschiedene Auswirkungen, der Tiefpunkt des Konjunkturzyklus kam in allen Ländern nicht gleichzeitig (bei manchen sogar erst nach 1933) und die Folgen waren auch in einzelnen Ländern unterschiedlich.

2.2.1 Die Agrarkrise

Schon vor dem „offiziellen“ Anfang der Weltwirtschaftskrise wurde ein wesentlicher Absturz von Agrarpreise deutlich. In den USA entstand eine Überproduktion in der Wirtschaft, was der Rückgang der Nachfrage nach dem Agrargut seitens Europa, das nach dem Ersten Weltkrieg seine Landwirtschaft stabilisierte, verursachte. Die auf dem Weltmarkt

⁵⁵ vgl. Henning, F.-W. (2003), S. 536

⁵⁶ vgl. Henning, F.-W. (2003), S. 538 - 540

gesenkten Agrarpreisen zwangen die Europaländer zum Protektionismus (Zollpolitik). Diese Verfahren verschlechterten aber die Situation des internationalen Handels.

Diese Agrarkrise verbreitete sich also auch ins Deutschland, wo sie aber nicht so harte Auswirkungen wie in den USA hatte. Die Landwirte versuchten ihre Gewinnverluste durch größere Produktivität auszugleichen. Das hatte zur Folge die Selbstversorgung Deutschlands im Rahmen der Landwirtschaft – seine (auch seitens anderen Ländern) radikal gesenkte Agrarnachfrage rief im Ausland großen Abschwung der Agrarproduktion aus und logisch folgte auch Senkung der Nachfrage nach Industriegüter, die in der Wirtschaft verwendet wurden. Das hatte weitere negative Auswirkungen für deutsche Wirtschaft.

Der Herbst 1928 ist für den Anfang der Agrarkrise in Deutschland gehalten. Ein Teil der Landwirte scheiterte, die anderen gerieten in finanziellen Schwierigkeiten. Die Politik des Reiches half ihnen auch nicht viel, denn die Landwirtschaft wurde mit unsinnigen Steuern belegt. Das führte im Jahre 1929 zu intensiven Demonstrationen⁵⁷ und folgend zu staatlichen Bestrebungen um die Verbesserung der Situation.

Ab 1926 flossen zwar umfangreiche finanzielle Hilfen für die Wirtschaft vor allem nach Ostpreußen, weil hier die schlimmste Situation herrschte, aber es kam zu keiner erheblichen Verbesserung. Am 31. März 1931 wurde der sog. Osthilfegesetz angenommen, der sich auf alle Gebiete östlich der Elbe und östlich der Grenze zwischen Schleswig-Holstein und Mecklenburg bezog, und dessen wichtigster Inhalt war:

die Umschuldung auf einem niedrigeren Zinssatz bei den Betrieben, bei deren nach dieser Maßnahme eine rentable Bewirtschaftung vorausgesetzt wurde, eventuell sollten die nicht mündelsicheren Forderungen auf die Hälfte reduziert werden und zugleich wurde ein Entschuldungsplan festgelegt, laut dem diese Betriebe spätestens nach 33 Jahren schuldenfrei sein sollten.

in Jahren 1932-1936 sollte jedes Jahr eine finanzielle Unterstützung der Wirtschaft in der Höhe von 50 Mill RM für die Aufsiedlung nicht umschuldungsfähigen Betriebe geleistet werden.

indirekte Verbesserung der Landwirtschaftssituation mittels Förderung von Verkehrsbereich, beruflichen Bildungsbereich, usw.

die Finanzierungsmittel kamen aus drei Quellen – Bank für deutsche Industrieobligationen (etwa 80%), Reichshaushalt (etwa 8%), Landwirtschaft selbst (etwa 12%).⁵⁸

⁵⁷ vgl. Henning, F.-W. (2003), S. 523

⁵⁸ vgl. Henning, F.-W. (2003), S. 528 - 531

2.2.2 Die Bankenkrise

Auf dem Bankenmarkt herrschte vor der Wirtschaftskrise eine große Konkurrenz – das hatte den Einfluss auf Expansionsbestrebungen der Banken, die sich aber gegen die eventuelle Rezession nicht absicherten. Das internationale Kapital floss in dieser Zeit nach Deutschland, weil es hier günstigste Zinsen gab. Die Banken leisteten billige Kredite vor allem den „größten“ Kunden. Das führte zu niedrigen Gewinnen der Banken.

Die Wohlfahrt der Banken endete im Jahre 1927. Der Reichsbankpräsident Schacht äußerte sich ungeschickt in seinen Reden von verschiedenen Ausschüssen über überhöhten Aktienkursen, in Folge dessen fand seit Mai große Abzug des Auslandskapitals.⁵⁹

Die Banken handelten auch mit Aktien, so hieß für sie der Börsenkrach in New York weitere (nicht geringe) Verluste. Die Krise wirkte sich auch in anderen Ländern aus, so ging die Anzahl der Investitionen im internationalen Masse zurück. Im September 1931 verbot die Großbritannien die Ausfuhr von Geld und Kapital und löste sich von der Goldstandart ab. Mit der wachsenden Krise hörten die Gläubigerländer auf, die deutschen Kredite zu verlängern, und begannen diese einzufordern, um die eigene Finanzsituation zu verbessern.⁶⁰

Zur größten Intensivität von Kapitalabfluss trug auch die Verlust des Vertrauens in die politische und wirtschaftliche Stabilität des Deutschen Reiches. Die Folge von dieser Erscheinung war, dass sich die Reserve der Reichsbank zusammenschmolz. Deswegen wurde die Reichsbank in Rahmen der Goldstandartregeln dazu gezwungen, streng restriktive Politik – auch in der Zeit mitten in der Depression – auszuüben. Infolge dessen brachen viele Banken im Juli 1931 zusammen und es kam zu einer gewaltigen Deflation, was die Wirtschaftskrise in Deutschland noch vertiefte.⁶¹

Wegen ihrer Expansiv- und Konkurrenzpolitik gerieten die Banken in eine Liquiditätskrise und es brach der Hochpunkt der Bankenkrise in Deutschland, für dessen Erscheinung hielt man die von der Reichsregierung zur Schutz der Banken angeordnete Bankfeiertage (Schließung der Banken für die Öffentlichkeit) am 14. und 15. Juli 1931. Am 17. Juli wurden die Banken wieder geöffnet, aber es durften nur Zahlungsvorgänge im Zusammenhang mit Steuern, Löhnen und Arbeitslosenunterstützungen vorgenommen werden. Am 13. Juli wurden auch die Börsen geschlossen. Diese Liquiditätskrise verursachten nicht nur Banken, sondern teilweise auch die USA. Ihre Politik von niedrigen Importen führte zum

⁵⁹ vgl. Henning, F.-W. (2003), S. 495 - 496

⁶⁰ vgl. Henning, F.-W. (2003), S. 477 - 479

⁶¹ vgl. Spree, R. (2001), S. 147

Devisenmangel und so musste Deutschland die Reparationen und Schulden aus Gold- und Devisenbestand der Reichsbank finanzieren. Deswegen ging der Goldstandard zurück und die Reichsbank musste strengere Maßnahmen für die Annahme von Wechseln treffen – das wirkte sich auf der Refinanzierungsmöglichkeiten der Banken aus.⁶²

Wegen der Verringerung des Goldvorrates musste sich Deutschland im Jahre 1931 vom Goldstandard ablösen, um die weiteren Reparationszahlungen bedienen zu können. Die Verlassung der Goldstandard wurde allerdings in dieser Zeit ganz häufige Erscheinung.⁶³ Sie ermöglichte den Staaten ihre Währungskurse zu senken, wodurch sie mehr konkurrenzfähig auf dem Weltmarkt wurden. Gleichzeitig konnten sie die umlaufende Geldmenge verbreiten und so mehr investieren, was zur Verbesserung der Wirtschaftssituation beitrug.

Die Forscher sind heute einig, dass der Goldstandard ein wesentlicher Faktor für die Schwere der Weltwirtschaftskrise war und ihre schnelle weltweite Verbreitung verursachte. Er schützt zwar die Wirtschaft vor der Inflation aber negativen Auswirkungen in einer Krise, wie Preisverfall und die Verletzung der Geldwertstabilität, werden zu einem stärkeren Argument.⁶⁴

Weitere Maßnahmen des Reiches gegen die Bankenkrise:

seit 15.7.1931 erfolgte sich der gesamte Devisenhandel nur über die Reichsbank und die Devisen wurden nur gegen Barzahlung abgegeben dürften.

18.7.1931 trat eine Devisenverordnung in Kraft und stellte die Importbeschränkung (mittels der Devisenkontingente durchgeführt) dar.

die Stützung und Fusionierung einiger Banken, was das Vertrauen der Öffentlichkeit ins Bankwesen wieder festigte und ab Ende Juli 1931 die Abhebungen von Kreditinstituten verringerte.

durch eine Verordnung vom 22. Februar 1932 wurde Beteiligung des Reiches an Banken ermöglicht. Das Reich kaufte dann die Aktien verschiedenen Banken, deren Wert insgesamt 650 Mill. RM betrug.

die Unterstützung kam auch seitens der USA, die noch vor dem Anfang der Bankenkrise die sich verschlechternde Situation der deutschen Wirtschaft- und vor allem der Bankenliquidität bemerkten, weswegen wurde das sog. Hoover-Moratorium am 20. Juni 1931 erstellt, das eine Stundung der Reparationsleistungen vom 1. Juli 1931 bis zum 30.

⁶² vgl. Henning, F.-W. (2003), S. 479 - 500

⁶³ vgl. Spree, R. (2001), S. 148

⁶⁴ vgl. Spree, R. (2001), S. 147 - 148

Juni 1932 brachte. Zugleich erhielt die Reichsbank von mehreren Staaten ein Kredit zur Absicherung der am 30. Juni 1931 fälligen Reparationsrate in der Höhe von 420 Mill. RM. in Deutschland kam es seit 1931 zur Gründung von verschiedenen Hilfsinstituten in der Form der Tochtergesellschaften von der Reichsbank: die Akzept- und Garantiebank (zur Refinanzierung der Banken durch die Annahme von Wechseln), das Deutsche Finanzierungs-Institut (zur Verbesserung der Liquidität der Banken durch die Übernahme Aktien und Geschäftsanteile von sanierten Unternehmen), die Tilgungskasse für gewerbliche Kredite e.V. (zum Schutz der Banken vor der Abschreibung von notleidend gewordenen Forderungen gegen Unternehmen).

Das Bankenaufsichtsgesetz vom 19. September 1931, das als Notverordnung angenommen wurde führte die Funktion eines Reichskommissars für das Bankgewerbe und das bei der Reichsbank eingerichtete Aufsichtsamt ein.⁶⁵

2.2.3 Wirtschaftliche und politische Situation in der Krise

Die Arbeitslosigkeit in Deutschland nahm am Anfang der Weltwirtschaftskrise ständig zu. Deshalb stiegen die Kosten zur Auszahlung des Arbeitslosengeldes, deren Bedienung unerträglich wurde. Das Arbeitslosengeld sollte zwar zum Teil aus der Arbeitslosenversicherung finanziert sein aber wegen der immer niedrigeren Beschäftigungsrate sank die Anzahl der Abgabepflichtigen und stieg die Anzahl der Menschen, die die Sozialleistungen bezogen. So umfangreiche Ausgaben konnte sich das Reich nicht leisten. Deshalb wurde in Reichstag darüber diskutiert, ob die Arbeitslosenversicherung höher angesetzt sein sollte. Das führte zur Verschärfung der politischen Atmosphäre und schließlich wurde der bisherige Reichskanzler Müller gestürzt (27.3.1930) und durch Brüning ersetzt. Brüning sollte ein neues Kabinett schaffen aber es bildete sich keine Koalition, die mit der parlamentarischen Mehrheit verfügen würde. In Folge dessen wurde ab Sommer 1930 der sog. Präsidialkabinett eingeführt – d.h. die Regierung Brüning konnte nur noch funktionstüchtig gehalten werden, weil der Reichspräsident die fehlende parlamentarische Unterstützung Brünings ersetzte.⁶⁶ Diese Maßnahme hieß die Abweichung von der Demokratie und führte zur labilen politischen Situation in folgenden Jahren.

⁶⁵ vgl. Henning, F.-W. (2003), S. 482 - 485

⁶⁶ vgl. Henning, F.-W. (2003), S. 549

Als Brüning das Reichskanzleramt antrat, wurde schon Deutschland von der Wirtschaftskrise voll betroffen. Bis 1930 wurden nämlich keine Krisen bekämpfende Maßnahmen getroffen, weil man an die Selbstheilungsprozesse der Wirtschaft glaubte und diese erwartete. Für die Ursache der Krise hielt er die große Verschuldung Deutschlands und die Reparationen. Er strebte nach dem Reparationenerlass und wollte ihn mit Hilfe seiner sozialen und wirtschaftlichen Politik erreichen. Er unternahm solche Maßnahmen, die einen großen Teil der Bevölkerung benachteiligten und damit die kritische Situation Deutschlands hervorhoben. Als Mittel zur Absenkung der Staatsschuld verwendete er die Deflationspolitik. Für diesen Zweck errichtete er den Posten des Preiskommissars, der große Kompetenzen hatte, wie z. B. das Recht zur Anordnung von Preissenkungen und sogar zu Betriebsschließungen. – So wurden die Preise vor allem im öffentlichen Sektor gesenkt. Brünings Deflationspolitik saß Kreditzinsen (bei Krediten in Inland), Miete, Hypothekenzinsen, Löhne und Preise herab, der Umsatzsteuer wurde angestiegen (von 0,85 auf 2%). Schmerzlich war die Absenkung der Löhne im Jahre 1931 für den Ruhrgebiet (um 6%), was die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands (niedrige Steinkohlepreise) unterstützen sollte.⁶⁷

Diese Politik führte aber nur zu materiellen Not der Bevölkerung, eine null Ankurbelung der Wirtschaft, die Kaufkraft und Nachfrage seitens Familien ging zurück und die Wettbewerbsfähigkeit wurde nicht so gestärkt, dass es irgendwelche zusätzliche positive Auswirkungen für die Wirtschaft hätte.

Diese Politik erschien also als höchstens ungünstig und wahrscheinlich vertiefte auch die deutsche Krisensituation. Trotzdem wurde sie von Reparationsgläubigen und zahlreichen deutschen Politiker positiv geschätzt, weil es Tendenzen zum Sparen gab, und so erhofften sie bessere Währungsstabilität und Leistungsfähigkeit und reibungslose Reparationszahlungen seitens Deutschlands.

In dieser Zeit entstanden zahlreiche Gutachten als Ergebnisse von verschiedenen Konferenzen und Versammlungen. Fast alle auf dieser Weise entstandenen Vorschläge wurden aber vom Reichskanzler, Reichspräsidenten oder von den Reparationsgläubigen abgelehnt, weil sie vom zu großen Teil mit neuen Investitionen und Kredite zusammenhingen, welche damals gefürchtet waren wegen der Erfahrungen mit der Hyperinflation vom Anfang der 20er Jahren.

⁶⁷ vgl. Henning, F.-W. (2003), S. 498 - 500

Ein wichtiges Element, der während des Brüning's Kabinetts verbreitet wurde, waren die Wechsel. Sie verbesserten die Liquidität, weil sie eigentlich als Zahlungsmittel verwendet wurden.⁶⁸

Fast alle von Brüning vorgeschlagenen Gesetze wurden in Folge der labilen politischen Situation nur dank der Unterstützung des Reichspräsidenten Hindenburg umgesetzt. Das Parlament hatte also nur niedrigen Einfluss auf die Steuerung des Landes, was große Empörung in ganzem Land verursachte. Auf den Reichspräsidenten wurde ein großer Druck von den Großgrundbesitzern, den die Osthilfe und andere Regelungen nicht zum Wohl kamen, ausgeübt. Er war schon ganz alt und konnte die wirtschaftlichen Zusammenhänge nicht mehr so gut erkennen. So löste er am 30.5.1932 den Brüning's Kabinetts auf und legte Franz von Papen als den nächsten Reichskanzler fest.⁶⁹

Auch von Papen hatte im Kabinetts keine sichere Unterstützung. Die NSDAP wurde nach Wahlen (Ende Juli 1932) in Reichstag zur stärksten Partei und verlangte das Kanzleramt für A. Hitler. Das wollte man aber nicht erlauben. Die Folge waren scheiternde Verhandlungen mit Papen, deren Maßnahmen in Reichstag fast nie angenommen wurden, so musste er diese wie sein Amtsvorgänger diese in der Form von Notverordnungen mit Hilfe des Reichspräsidenten durchsetzen. Diese Situation führte zur weiteren Auflösung des Reichstages und zu neuen Wahlen (Ende November). Nach diesen Wahlen aber deutlich wurde, dass Papen auch jetzt die erforderliche Unterstützung nicht gewinnt, so trat er Mitte November zurück.

Während seiner Regierung beschäftigte er sich in erster Reihe mit der Zoll- und Steuerpolitik. Am 4. September 1932 traten seine Pläne durch eine Notverordnung in Kraft. Während die zusätzliche Verschuldung des Reiches im Inland durch Finanzierung durch Wechsel bisher nur in beschränktem Masse ausgeübt wurde, hatte sich diese Situation nach dem Wechsel im Kanzleramt 1932 total geändert. Die von Papens Notverordnung enthielt folgende Punkte:

Beschaffung einer Summe in der Höhe von 135 Mill. RM für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, die an einer anderen Stelle eingespart werden sollten.

Dieses wird von heutiger Sicht nicht sehr hoch eingeschätzt.

Die Ausgabe von Steuergutscheine (insgesamt 700 Mill. RM), die in einem Betrag von 400 RM je Arbeitsplatz ausgegeben wurden. Wenn der Arbeitgeber jemanden bisher

⁶⁸ vgl. Henning, F.-W. (2003), S. 651 - 652

⁶⁹ vgl. Henning, F.-W. (2003), S. 578 - 579

Arbeitslosen beschäftigte, erhielt er dadurch ein marktfähiges Papier, der übertragbar war und konnte zu einem späteren Zeitpunkt dem Staat im Rahmen von Steuerzahlungen vorgelegt werden. Die Umsetzung dieser Maßnahme musste später zu Steuermindereinnahmen führen, was man dank neuen Staatseinnahmen von inzwischen angekurbelter Wirtschaft zu bewältigen erhoffte. Diese Steuergutscheine durften dann in nächsten fünf Jahren als Zahlungsmittel nur für ein Fünftel der gesamten Steuersumme vorgelegt werden.

Die Ausgabe der weiteren Steueranrechnungsscheine bis zu 1,5 Mrd. RM erfolgte sich in Höhe von 40 % für die zwischen dem 1. Oktober 1932 und dem 30. September 1933 gezahlten Steuern. Die Geltung war aber nur auf manche Steuern beschränkt. Diese Papiere waren auch marktfähig.

Zur Finanzierung der öffentlichen Arbeiten nahmen sich das Reich und die öffentlichen Unternehmen Kredite in Höhe von 302 Mill. RM.⁷⁰

Zu weiterem Reichkanzler wurde dann am 3. Dezember der bisherige Reichswehrminister Kurt von Schleicher. Er glaubte die labile Situation im Reichstag aufzulösen aber das gelang ihm nicht. Inzwischen geriet Hindenburg unter großen Druck seitens Rechtsanhänger, die Hitler als Reichskanzler durchsetzen wollten. Schließlich – auch mit großem Widerstand – stimmte Hindenburg dem zu und am 28. Januar 1933 ermöglichte er nicht die von Schleicher erforderte Auflösung des Reichstages, in Folge dessen Schleicher zurücktrat und am 30. Januar 1933 ernannte Hindenburg Hitler zum Reichskanzler.

Die Schleichers Regierung hieß für die Wirtschaft aber keine bedeutende Änderungen (wahrscheinlich auch wegen ihren zu kurzen Dauer). Er vertiefte die Papens Verordnung hinsichtlich der Steuergutscheine durch Erhöhung ihres Wertes um 500 Mill. RM. Wichtig war auch der Übergang zur Finanzierung der öffentlichen Investitionen durch Wechseln und auf diese Weise wuchs die Ausbauunterstützung an, die durch Gemeinde angekurbelt wurde. Dieser Finanzierungsform nutzte der Reichspräsident Schacht später zur Förderung der Rüstung.⁷¹

2.2.4 Überwindung der Krise

Mit dem Eintritt Hitlers in den Kanzlersamt begann der Weg zur Stabilisierung der nationalsozialistischen Diktatur. Man fühlte die große Bedeutung der Wirtschafts- und

⁷⁰ vgl. Henning, F.-W. (2003), S. 653 - 654

⁷¹ vgl. Henning, F.-W. (2003), S. 655

Sozialpolitik im Rahmen der Propaganda. Die Nationalisten wollten die Lebensansprüche der Bevölkerung befriedigen, um ihre Sympathie zu gewinnen. Gleichzeitig wollten sie mittels der Rüstungspolitik Deutschland zu einer kriegsfähigen Wehrmacht machen. Die gesamte Politik der Nationalsozialisten kann man also als die Politik von “Butter und Kanonen“ bezeichnen.

Die nationalsozialistische Regierung erbt aber außer der großen Verschuldung und hohen Arbeitslosigkeit auch eine günstige Ausgangsposition. Die Wirtschaft überwand schon den tiefsten Punkt der Rezession und es gab schon Andeutungen der kommenden Konjunktur. Die Krise senkte dazu erheblich die Preise (vor allem die Lohnpreise), was zu niedrigen Produktionskosten führte. Die weiteren Staatsmaßnahmen im Bereich der Preis- und Beschäftigungspolitik wurden schon sehr weit vorgeprägt, wie die gesamte Wirtschaftspolitik, die laut den neuen Wirtschaftstheorien (Keynesianismus) durch Staatsinterventionen zur Belebung gebracht werden sollte.⁷²

Die wichtigsten Maßnahmen, die zum Konjunkturaufschwung in Jahren 1933-34 führten, hatten vor allem einen zivilen Charakter (die Rüstung stand erst am Anfang):

Staatliche Investitionen bei Reichsbahn, Reichspost und beim Autobahnbau (bei Autobahnbau wurden absichtlich Baumaschinen nur in geringem Masse eingesetzt, um möglichst viel Arbeitsplätze zu schaffen).

Steuererleichterungen für Landwirtschaft, Wohnungsbau und Automobilindustrie,

Staatliche Förderung von Beschäftigungsmöglichkeiten im zunächst noch freiwilligen Arbeitsdienst und bei kommunalen Notstandsarbeiten,

Ehestandsdarlehen für Arbeitnehmerinnen, die heiraten und ihren Arbeitsplatz aufgeben wollten.⁷³

Bis Jahre 1937 senkte die Arbeitslosigkeit unter eine Million. Die Finanzierung erfolge sich (wie schon erwähnt) mit Hilfe von Wechseln, deren Anwendung von Reichsbankpräsident vorgeschlagen wurde. Man setzte ihre Tilgung durch in der Zukunft erhöhte Steuereinkommen, wozu der Aufschwung der Wirtschaft führen sollte, voraus.⁷⁴

⁷² vgl. Informationen zur politischen Bildung Nr. 266 (2000), S. 21 - 22

⁷³ vgl. Informationen zur politischen Bildung Nr. 266 (2000), S. 22

⁷⁴ vgl. Informationen zur politischen Bildung Nr. 266 (2000), S. 22 - 23

2.2.5 Die Entwicklung der Reparationenfrage innerhalb der Krise

Die nach dem Versailles-Vertrag angeordneten Reparationen wurden in Deutschland als großes Unrecht wahrgenommen. Sie vertieften die Wirtschaftskrise ständig und fast alle deutschen Politiker waren der Ansicht, dass Deutschland wegen der Reparationen aus der Krise nie gezogen werde. Alle strebten nach dem Erlass von diesen Zahlungen, weil von der Weltwirtschaftskrise betroffene Deutschland nicht fähig war, diese zu bedienen.

Als dieser Zustand auch von anderen Ländern anerkannt wurde, entstand der sog. Dawes-Plan (im Jahre 1924, siehe Kapitel 3.1.2), der die Reparationen senkte und Kredite zur Verbesserung der deutschen Wirtschaftssituation vorsorgte. Doch auch die im Dawes-Plan angeordneten Anforderungen waren unrealistisch, was zu weiteren Diskussionen und schließlich zur weiteren Regelung – zu dem sog. Young-Plan (siehe Kapitel 3.1.2) – führte. Aber weil die Probleme bei Reparationenzahlungen weiter andauerten und die deutsche Wirtschaft scheiterte, musste man zu weiteren Maßnahmen greifen. Im Juni 1931 wurde sog. Hoover-Moratorium erklärt, die die Zahlungen der Reparationen für ein Jahr einstellte. (siehe Kapitel 3.2.2). Alle diese Pläne wurden jedenfalls mit einer Finanzunterstützung verbunden, die die Verschuldung Deutschland weiter vertiefte.

Nach dem Ablauf des Hoover-Moratoriums fand weitere Konferenz – in Lausanne - statt, um über der weiteren Regelung der Reparationen zu entscheiden. Diese Tagung wurde ursprünglich für Januar festgelegt aber wegen Brünings ungeschickter Erklärung am Anfang dieser lausanner Zusammenkunft musste diese verschoben werden. Brüning äußerte sich, dass Deutschland weder jetzt noch in Zukunft die Reparationszahlungen leisten könne. Das erregte großes Aufsehen, vor allem seitens Frankreichs, der nicht bereit war, sofort auf die Zahlungen in Zukunft zu verzichten. Deshalb musste der Termin auf Juni verschoben werden. Auf dieser Konferenz wurde dann am 9. Juli 1932 vereinbart, dass die Gesamtsumme der noch ausstehenden Reparationsforderungen auf eine Restsumme von 3 Mrd. RM verringert wird und dass alle Schulden, die im Zusammenhang mit dem Hoover-Moratorium, Dawes-Plan und Young-Plan standen, zurückgezahlt werden sollten. Dieser Vertrag wurde aber nicht von den Alliierten ratifiziert, weil er von dem Entgegenkommen der USA gegenüber anderen Alliierten in der Frage der Kriegsschulden bedingt wurde, die es aber nicht gab. Und auch trotz fehlender Ratifizierung trat wieder Young-Plan nicht in Kraft. Nach dem 30. Januar

1933 erklärten die Nationalsozialisten, dass sie keinen Pfennig mehr im Rahmen der Reparationsforderungen leisten würden.⁷⁵

Am Ende des Jahres 1932 fiel auch die nächste Regelung des Versailler Vertrags ab, und zwar die Rüstungsbeschränkung Deutschlands. Gegen diese Maßnahme protestierte man häufig und wies auf das Gefahr die umliegenden Länder, die ständig eine starke Aufrüstung ausübten, hin. Deshalb wurde Deutschland am 12.12.1932 auf dieser Weise mit anderen Staaten gleichberechtigt.⁷⁶

2.2.6 Die Arbeitslosigkeit während der Krise

Es ist nicht leicht, die Arbeitslosigkeit dieser Zeit zu forschen, weil das Sozialsystem noch nicht richtig eingestellt war und nur ein Teil der Bevölkerung, die arbeitsfähig und gleichzeitig arbeitslos waren, sich bei den zuständigen Ämter meldete. Deshalb sind die Statistiken aus der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg sehr ungenau und in meisten Wirtschaftsbüchern arbeitet man lieber mit Abschätzungen.

Die Arbeitslosigkeit bis in das Jahr 1930 war auf ganz ähnlichem Niveau, wie in den vorhergehenden Krisenzeiten (erste Nachkriegsjahre, Ruhrbesetzung und Geldentwertung). Erst mit dem Amtsantritt Brüning begann die Arbeitslosigkeit als die Folge seiner Deflationspolitik und den schrumpfenden Außenhandels anzuwachsen. Im Vergleich zum Jahr 1925 stieg die Arbeitslosigkeit bis Jahre 1931 um 3,8 Mill. (1925 – 0,7 Mill. Arbeitslosen, 1931 – 4,5 Mill. Arbeitslosen).⁷⁷ Dieser Zuwachs wurde aber durch mehrere Faktoren verursacht. Die Rolle spielten vor allem die Innovationen im Produktionsbereich, also Einführung von neuen Maschinen, die ein Teil der Arbeiter ersetzten, und neu Beschäftigung von Frauen, die teilweise wegen dem weltweit modernen Frauenbewegung arbeiten wollten und die teilweise auch wegen dem Verlust von Ehemänner in Erstem Weltkrieg arbeiten mussten, weil diese sonst kein Einkommen (oder nur zu niedrige Sozialunterstützung) hätten. Positiv für die Arbeitslosigkeit war der durch den Weltkrieg verursachte Rückgang der Arbeiter- und Geburtenzahl.

Der Tiefpunkt der Arbeitslosigkeit trat im Winter 1931/1932 ein: es gab etwa 6,128 Mill. Arbeitslosen – das sagen die Statistiken. Die wirkliche Arbeitslosenzahlen waren aber ganz anders – z. B. bei der statistischen Arbeitslosenzahl von Oktober 1932 - 5,11 Mill.- wird

⁷⁵ vgl. Henning, F.-W. (2003), S. 541

⁷⁶ vgl. Henning, F.-W. (2003), S. 628 - 629

⁷⁷ vgl. Henning, F.-W. (2003), S. 464 - 465

die wirkliche Zahl auf 8,75 Mill. eingeschätzt. Dazu herrschte ein für Arbeitnehmer ungünstige Trend – die Kurzarbeit.⁷⁸

Eine erhebliche Senkung der Arbeitslosenzahl gelang erst unter Hilters Regierung. Dank seinen Maßnahmen im Rüstungs- und Baubereich sank die statistische Arbeitslosigkeit folgendermaßen: 1933 – 4,8 Mill. Erwerbslosen, 1934 – 2,7 Mill., 1936 – 1,6 Mill. Und im Jahre 1937 lag die Zahl schließlich unter einer Million.⁷⁹

Bis zur Regierung unter Hitler wurde zur Beschäftigungsförderung aber nur wenig getan. Wieder fanden zahlreiche Versammlungen und Konferenzen statt, bei denen verschiedenste Vorschläge gestellt wurden, aber diese wurden meistens von Politiker abgelehnt. Es handelte sich z. B. um Verkürzung der Arbeitszeit von 48 Stunden auf 40 Stunden pro Woche, Verlängerung der Schulpflichten um 1 Jahr, Beschäftigungsverbot für ausländische Wanderarbeiter in der Landwirtschaft, Ende der Erwerbstätigkeit mit 60 Jahren oder wurde sogar das Beschäftigungsverbot für Frauen überlegt.⁸⁰

Schließlich wurde wegen der Arbeitslosenproblematik eine Notverordnung am 4. September 1932 angenommen, die die Beschäftigung unterstützen sollten (siehe Kapitel 3.2.3). Wirkliche Initiative wurde aber, wie schon erwähnt, erst von Hitler untergenommen.

⁷⁸ vgl. Henning, F.-W. (2003), S. 466

⁷⁹ vgl. Informationen zur politischen Bildung Nr. 266 (2000), S. 22

⁸⁰ vgl. Henning, F.-W. (2003), S. 648

3 Die Weltfinanzkrise 2008-2010

Seit der Zeit der Großen Weltwirtschaftskrise gab es zwar eine Menge von Krisen in verschiedensten Teilen der Welt aber keine mehr war so stark und tief wie die in 30. Jahren des 20. Jahrhundert. Bis jetzt. Das, was als US-Hypothekenkrise ganz unauffällig angefangen hat, wird heute zur großen Weltwirtschaftskrise. Sie wirkt sich nicht mehr nur im Finanzsektor aus, sondern herrscht in fast allen Wirtschaftsbereichen. Alle Regierungen bemühen sich solche Schritte zu unternehmen, damit sich die Situation von 30er Jahren nicht wiederholen kann.

Allerdings ist es ganz schwierig, diese neue Krise mit der „alten“ zu vergleichen, weil diese (leider) noch nicht zu Ende ist und einzelne Maßnahmen sich noch nicht bewerten lassen.

3.1 Der geschichtliche Hintergrund

Nach dem Zweiten Weltkrieg spaltete sich die Welt in zwei unversöhnliche Lager, in den sog. Ost- und Westblock. Im Westblock herrschte die Demokratie und Kapitalismus, während im Ostblock die Diktatur und Kommunismus. Diese zwei Seiten, deren zwei Hauptrepräsentanten die USA (Westblock) und die Sowjetunion (Ostblock) waren, führten sog. kalten Krieg, der zwar ab und zu in einem bewaffneten Konflikt zu übergehen drohte aber sonst nur als Wettbewerb in Wissenschaft, Rüstung und in Erfolgen in anderen Bereichen ausgeübt wurde. Beide wollten der anderen Seite zeigen, dass gerade ihr Regime das Allerbeste und das Richtigste ist.

Dieser „Kampf“ dauerte bis zur Ende der 80. Jahre des 20. Jahrhunderts, wann die Sowjetunion wegen ihrem schlechten politischen und wirtschaftlichen Zustand zerbrach. Offiziell unterging die Sowjetunion am 31. 12. 1991 und es begann damit eine neue Etappe in der Geschichte Europas.

Während der 80er Jahren war die weltwirtschaftliche Situation folgend: die US-Wirtschaft erlebte schon seit der Ende des 2. Weltkrieges einen Rückgang im Vergleich zu den westeuropäischen Staaten und zum Japan. In 80er Jahren war sie sogar in solcher Lage, dass alle ihren Zusammenbruch vermuteten. Das änderte sich aber im Jahre 1993, weil der

damalige US-Präsident Clinton notwendigen Maßnahmen einführte.⁸¹ Dank seiner Politik gelang es der US-Wirtschaft nach 1993 wieder zur Weltspitze zu werden.

In der (West-)Europa herrschte in den 80-er Jahren ein ganz anderes Klima. Die hiesige Wirtschaft befand sich in dynamischer Aufschwungphase, nach der eine langwierige Rezession folgte, die teilweise durch den Abschwung des gesamten Weltwirtschaftswachstums und teilweise durch die Integration der ehemaligen Staaten der Sowjetunion verursacht wurde. An diesen Abschwung trug auch die Wiedervereinigung Deutschlands Schuld, die die Wirtschaftssituation der ganzen Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft wesentlich beeinflusste.⁸²

Das wichtigste Ereignis der 90er Jahren für Europa war die Gründung von der Europäischen Union, die der Nachfolger der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft war. Diese entstand am 7. Februar 1992 und ihr Ziel war die Schaffung von der Wirtschafts- und Währungsunion, sowie die Verbesserung der wirtschaftlichen und rechtlichen Situation u. ä. in Europa.⁸³

Das Ergebnis der EU-Auswirkung wurde eindeutig positiv – die Herausbildung von einem wirtschaftlichen Umfeld, das für Investitionen und langfristiges Konjunktur günstig war.⁸⁴

In 90er Jahre tauchte deutlich auch ein anderer Trend auf, und zwar die sog. Globalisierung. Dank dem technischen Fortschritt wurden alle Weltwirtschaften vernetzt, was zwar zahlreiche positiven Auswirkungen hat (Ankurbelung des Wirtschaftswuchses, Senkung der Kosten, usw.), aber im Falle eines wirtschaftlichen Ungleichgewichtes verbreiten sich eventuelle Wirtschaftsprobleme sehr schnell auch in den Rest der Welt.

Die Globalisierung führte in 90er Jahren zu drei größeren Finanzkrisen: 1994 – die Mexikanische Währungskrise, 1997 – die Asiatische Währungskrise und 1999 – die Brasilianische Währungskrise. Bei allen diesen drei Währungskrisen war der Ablauf fast gleich. Alle drei Länder erlebten zuerst eine Aufschwungphase, wodurch sie für verschiedene Investoren anziehend wurden, dann folgt meistens die Liberalisierung von Kapitaltransaktionen, was zu weiterem Kapitalzufluss führt. Dieser Zustand ist aber nicht dauerhaft haltbar, meistens beginnen die Investoren die Finanzsituation des bestimmten Staates zu bezweifeln und das bewirkt den Kapitalabfluss und eine Panik unter Investoren,

⁸¹ vgl. Cihelková, E. u. Kunešová, H. (2006), S. 130 - 131

⁸² vgl. Cihelková, E. u. Kunešová, H. (2006), S. 175 - 176

⁸³ http://europa.eu/abc/history/1990-1999/index_de.htm

⁸⁴ vgl. Cihelková, E. u. Kunešová, H. (2006), S. 178

was nur weiteren Kapitalabflüssen verursacht. Dann brechen eine Devaluation und weitere Probleme der Wirtschaft ein. – Dieses war auch der Fall der drei oben genannten Währungskrisen, bei denen man eine Verbreitung auch auf andere Wirtschaften befürchtete, dies geschah aber gar nicht oder nur in kleinem Masse.⁸⁵

Seit 2000/2001 wurde eine weltweite Hemmung des Wirtschaftswachstums deutlich.⁸⁶ In Europa wurde die Erweiterung der EU und ihre langfristige Zielfestlegung und Stabilisierung zum Hauptstreben.

In den USA wurde nach 2000 klar, dass der Wirtschaftsaufschwung zu Ende ist. Langsam fiel die US-Wirtschaft in der Rezession, deshalb wurden die Zinssätze mehrmals gesenkt, um die Situation zu retten.⁸⁷ Das führte auch zu billigeren Krediten und vor allem Hypotheken. Die Amerikaner verschuldeten sich deshalb ganz tief, weil es nur wenig Beschränkungen bei der Kreditaufnahme gab. Dazu traten die Spekulationen mit Immobilienpreise bei, die z. B. den Wert der Immobilien im Süden der USA im Zeitraum 2000-2006 um mehr als 170% aufstockten. Diese „Spekulationsblase“ begann zum Jahreswechsel 2006/2007 zu platzen, weil es sich mit den wieder wachsenden Zinssätzen erwies, dass ganz viele Schuldner nicht fähig sind, ihre Kredite zu tilgen. Das widerspiegelte sich nicht nur im Preissturz auf dem US-Immobilienmarkt, sondern auch im Abschwung der Finanzprodukte, die zur Finanzierung der US-Immobilienboom dienten.⁸⁸ Das waren vor allem die sog. ABS (engl. asset-backed security) – die Wertpapiere, die weiter in sog. Collateralized Debt Obligations (CDO) weiter gebunden wurden und mit denen es weltweit gehandelt wurde.⁸⁹

Der Preissturz von diesen Wertpapieren verursachte, dass schon im April 2007 die US-Bank New Century Financial pleite ging (sie war auf die schlecht besicherten Immobilienkredite spezialisiert).⁹⁰ Dann kamen ein paar relativ ruhigen Monate, innerhalb denen man immer versuchte, die Nervosität auf dem Finanzmarkt zu mindern. Im August gab es aber eine Schock-Situation: zwei Fonds der fünftgrößten US-Investmentbank Bear Stearns gingen pleite und diese geriet in großen Schwierigkeiten. Schließlich (März 2008) wurde sie

⁸⁵ vgl. Cihelková, E. u. Kunešová, H. (2006), S. 51 - 58

⁸⁶ <http://www.cepin.cz/cze/prednaska.php?ID=664>

⁸⁷ vgl. Cihelková, E. u. Kunešová, H. (2006), S. 139

⁸⁸ http://cfuc.vse.cz/index.php?option=com_content&task=view&id=188&Itemid=29

⁸⁹ <http://www.wiwo.de/finanzen/finanzkrise-vom-immobilienboom-zum-boersen-crash-271063/>

⁹⁰ <http://www.wiwo.de/finanzen/finanzkrise-vom-immobilienboom-zum-boersen-crash-271063/2/>

vom Krach durch die Übernahme von JPMorgan Chase & Co. gerettet.⁹¹ Dieses Ereignis hält man heute für den offiziellen Beginn der Finanzkrise.⁹²

Nach diesem Schock scheiterten Hypothekenmärkte und Wertpapiermärkte quer durch das Land. Weil aber (nicht nur) europäische Banken mit diesen Wertpapieren auch handelten, wurden sie auch von dieser Krise betroffen und mussten Verluste abschreiben, wodurch sich die Krise auch in der europäischen Wirtschaft verbreitete. Z. B. die schweizerische Großbank UBS kündigte im Oktober 2007 wegen der Krise den ersten Quartalverlust seit 9 Jahren an.⁹³ Und das war keine Schlussbilanz dieser Bank – nächste Monaten erlitt sie weitere Verluste.

Die USA versuchten die Krisensituation zu bewältigen, das gelang ihnen aber nicht. Dutzende Banken und Finanzinstitute mussten eine Insolvenz verkünden. Meistens wurden sie dann (oder schon bevor) vom Staat durch Kapitalinjektionen oder von anderen Banken durch Übernahme gerettet. Das geschah aber nicht im Falle der viertgrößten US-Bank Lehman Brothers, die von der US-Regierung schließlich nicht unterstützt wurde, weil eine allgemeine Meinung herrschte, dass mit der Finanzierung von scheiternden Banken man aufhören sollte, weil diese sich zu viel auf die Hilfe des Staates verlassen. Zu dieser Entscheidung half angeblich auch eine Lobby von Konkurrenten. Auf jeden Fall ging diese Bank im September 2008 pleite, was zur Höhepunkt der Finanzkrise wurde. Das Vertrauen verschwand aus dem Weltfinanzmarkt und er wurde nur mittels massiven Eingreifens der Regierungen notdürftig am Laufen gehalten. Der Zusammenbruch war die größte Unternehmenspleite in der Geschichte der USA.⁹⁴

Nach dem Ende von Lehman Brothers wurde auch Europa stärker betroffen. Die europäischen Banken eigneten Anteile in dieser Bank und es gab hier auch die Lehman Tochtergesellschaften. Die Regierungen wurden auch dazu gezwungen, in die Finanzkrise einzugreifen, und halfen den scheiternden Banken mit Kreditleistungen oder mit ihrer Verstaatlichung.

Die Wirtschaften von manchen Ländern wurden stark betroffen. Island wurde vom Staatbankrott nur dank dem Kredit von Internationalen Währungsfond. Aktuell droht diese Situation auch dem Griechenland.

Im Jahre 2009 überwuchs die Finanzkrise auch in anderen Bereichen der Wirtschaft. Ein guter Beweis dafür sind z. B. die Insolvenzen von General Motors oder des

⁹¹ <http://www.wiwo.de/finanzen/finanzkrise-vom-immobilienboom-zum-boersen-crash-271063/3/>

⁹² vgl. Foster, J. B. u. Magdoff, F. (2009), S. 11

⁹³ <http://www.wiwo.de/finanzen/finanzkrise-vom-immobilienboom-zum-boersen-crash-271063/4/>

⁹⁴ <http://www.zeit.de/wirtschaft/2010-03/lehman-brothers-insolvenz>

Handelskonzerns Arcandor im Juni 2009. Allgemein setzten sich verschiedenste Maßnahmen von alle Regierungen zur Krisenbewältigung fort

Im Jahre 2010 wird schon eine Verbesserung der weltwirtschaftlichen Situation deutlich, jetzt warten aber alle ab, ob dieses kein kurzfristiger Trend ist oder ob sich die Krise noch nicht voll auswirkt. Im März 2010 wurde die Situation in Griechenland zu einem Streitpunkt, weil dieses Land zu einem Krach tendiert. Das Ende der Krise und die Lösung der Situation Griechenlands ist leider zu der Zeit von der Entstehung dieser Arbeit noch nicht in der Sicht.

3.2 Die wirtschaftliche Situation Deutschlands vor der Krise

Die Wirtschaftliche Situation Deutschlands vor der Krise war nicht besonders gut. Die (west-)deutsche Wirtschaft in den 80er Jahren zeigte zwar eine Aufschwungtendenz, die aber mit der Wiedervereinigung Deutschlands endete. Westdeutschland musste viele Finanzmittel zu Gunsten von Ostdeutschland opfern, weil die kommunistische Diktatur hier hinter sich eine schlechte Infrastruktur, hohe Verschuldung, hohe Arbeitslosigkeit und technische Unterentwicklung lies. Die Öl- und andere Weltwirtschaftskrisen in 90er Jahren hießen für Deutschland eine Rezession, was aber im internationalen Vergleich nichts Ungewöhnliches war. Diese Schwankungen verursachten aber eine ständig wachsende Arbeitslosigkeit, ohne diese irgendwann deutlich zurückzuring. Im Jahre 1992 erreichte die Anzahl der Arbeitslosen 3 Mill. und im Jahre 1996 (auch 2002) erwiesen die Statistiken sogar 4 Mill. Arbeitslosen.⁹⁵

Das Hauptstreben in dieser Zeit wurde vor allem die Gleichberechtigung Ostdeutschlands mit Westdeutschland. Das führte zu umstrittener Lohnregelung, wobei Löhne in ganzem Land auf dem gleichen Niveau waren, und zur großen Verschuldung des Staatshaushaltes, die durch höheren Steuer- und Sozialabgaben ausgeglichen werden sollte.

Deutschland musste verschiedene Sparmaßnahmen treffen, was aber zur Stagnation Löhne und Gehälter führte. Zum Hauptziel der Politik wurde die Verringerung der Arbeitslosigkeit.

Seit März 2000 herrsche weltweit eine wirtschaftliche Rezession, die die langsam wachsende Wirtschaft Deutschlands wieder niederschlug. Sie war eine Folge der geplatzten

⁹⁵ vgl. Informationen zur politischen Bildung Nr. 294 (2007), S. 3 - 4

Dotcom-Spekulationsblase, die als Überwertung von IT-Unternehmen auf Börsen entstand.⁹⁶ Im Jahre 2001 kam es zur terroristischen Angriff in New York, was wieder zu einem Rückgang der Weltwirtschaft führte. Deutschland lag in einer tiefen Rezession, deren Ende erst 2005 wegen der Weltkonjunktur absehbar wurde.

Ein großes Problem für die deutsche Wirtschaft stellte die Globalisierung dar. Wegen den steigenden Kosten (vor allem Lohnkosten) verschieben zahlreiche Unternehmen die Herstellung in anderen Ländern, wo die Kosten niedriger sind, was aber die Arbeitslosenrate erhöht. Gleichzeitig hat die Globalisierung für Deutschland auch positive Auswirkungen – fördert den Export, von dem die deutsche Wirtschaft ganz abhängig ist. Deutschland wurde sogar für ein paar Jahre zu einem „Exportweltmeister.“⁹⁷

Im Jahre 2003 trat eine umstrittene Reform (bzw. ein Teil dieses Reformpakets, weitere Teile folgten bis zum Jahre 2005) der deutschen Arbeitsmärkte in Kraft – die sog. Hartz-Gesetze. Diese Maßnahme förderte vor allem die Zeitarbeit und andere kleinere Arbeitsformen („Mini“- und „Midi-Jobs“), verschärfte die Bedingungen für die Leistung der Arbeitslosenhilfe und verkürzte ihren Dauer und modernisierte die Staatsdienstleistungen im Bereich der Arbeitsbeschaffung.⁹⁸

Tabelle Nr. 1 Die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes in Deutschland im Zeitraum 1997-2008

1997	1998	1999	2000	2001	2002
1,80%	2,00%	2,00%	3,20%	1,20%	0,00%
2003	2004	2005	2006	2007	2008
-0,2%	1,10%	0,80%	2,90%	2,50%	1,3%

Quelle: <http://www.businessinfo.cz/cz/sti/nemecko-ekonomicka-charakteristika-zeme/4/1000636/>

Im Jahre 2006 begann die deutsche Wirtschaft endlich wieder zu wachsen. Das Jahr 2007 wurde sogar mit Boomjahr 2000 verglichen. Der Internationale Währungsfond sagte für Deutschland auch weitere positive Wirtschaftsentwicklung für nächste Jahre und sogar Senkung der Arbeitslosigkeit unter 3 Mill voraus.⁹⁹ Das gelang leider nicht, weil die Weltfinanzkrise dazwischenkam.

⁹⁶ <http://www.boerse-express.com/wiki/Dotcom-Blase>

⁹⁷ vgl. Informationen zur politischen Bildung Nr. 294 (2007), S. 6 - 7

⁹⁸ vgl. Informationen zur politischen Bildung Nr. 294 (2007), S. 12

⁹⁹ <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,488535,00.html>

3.3 Die Finanzkrise in Deutschland

In der Weltwirtschaft verbreiteten sich die Panik sowie die negativen Folgen der US-Krise sehr schnell. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten ließen auf sich auch in Deutschland nicht lange warten. Schon am 27. Juli 2007 geriet die Düsseldorfer Mittelstandsbank IKB an den Rand des Zusammenbruchs. Sie erlitt Milliardenverluste infolge der Krise am US-Hypothekenmarkt und wegen hohem Risiko erhielt sie von anderen Banken keine Kredite mehr. Der Staat musste eingreifen und die Pleite verhindern.¹⁰⁰ Die Krise drängte sich langsam in die deutsche Wirtschaft ein. Dutzende Finanzinstitute wurden dazu gezwungen, ihre durch die US-Finanzkrise verursachten Verluste abzuschreiben. Zum Beispiel die Commerzbank beziffert im November 2007 diese Abschreibungen auf einem Betrag in der Höhe von 291 Millionen Euro.¹⁰¹ Seit dieser Zeit wiederholte sich mehrmals eine „Insolvenz-Geschichte“: eine Bank räumt ihre Wirtschaftsergebnisse ein, die meistens in roten Zahlen sind, sie muss also eine Insolvenz anmelden oder den Staat um eine Kapitalspritze bitten. Diese wird meistens gegen einen Unternehmensanteil geleistet und der Chef des Finanzinstitutes tritt wegen seiner schlechten Haushaltsführung zurück.

Am Anfang 2008 durchdrang die Krise auch in Börsen. Am 21. 1. 2008 erlebten europäischen Börsen ein „Crash“ – die Aktienkurse stürzten wild ab und erregten großes Aufsehen in Finanzwelt.¹⁰² Jetzt wurde eindeutig klar, dass diese Krise zu keiner kurzfristigen Geschichte wird. Doch die Bundeskanzlerin Angela Merkel äußerte sich, dass sie keine Gefahr einer wirtschaftlichen Talfahrt in Deutschland sehe.¹⁰³

Das Frühjahr 2008 wurde vor allem durch den Niedergang der fünftgrößten US-Bank Bear Stearns und durch Probleme anderen Finanzinstituten in den USA, wie Lehman Brothers und Goldman Sachs, geprägt. In Deutschland setzten finanzielle Schwierigkeiten der Banken fort. Der Chef der Deutschen Bank – Josef Ackermann – fordert ein Eingreifen der Politik in der Wirtschaft, wobei er Unterstützung beim Finanzminister Peer Steinbrück findet.¹⁰⁴

Auch in April wirkte sich die Finanzkrise kräftig aus. Die Düsseldorfer Mittelstandsbank IKB wies wieder große Verluste auf, die Bank Hypo Real Estate scheiterte

¹⁰⁰ <http://www.wiwo.de/unternehmen-maerkte/wie-mit-der-ikb-die-finanzkrise-deutschland-erreichte-402583/>

¹⁰¹ <http://www.wiwo.de/finanzen/finanzkrise-vom-immobilienboom-zum-boersen-crash-271063/4/>

¹⁰² <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,529820,00.html>

¹⁰³ http://archiv.mopo.de/archiv/2008/20080122/deutschland-welt/wirtschaft/deutsche_aktien_uneinheitlich_us_zinssenkung_stuetzt_erholung.html

¹⁰⁴ <http://www.bild.de/BILD/news/wirtschaft/2008/03/19/boersenkrise/deutsche-bank-chef-fordert-eingreifen.html>

langsam und zielte so zur Übernahme von US-Finanzinvestoren. Die Deutsche Bank rutschte infolge hoher Verluste in die roten Zahlen – das erstmal seit fünf Jahren.

Bis zum 15. September verbesserte sich die weltwirtschaftliche Situation nicht und an diesem Tag kam es zu weiteren Börsenabstürzen infolge der Pleite von Lehman Brothers. Die Börse ging auf die Werte von 2006 zurück.¹⁰⁵ Dieser fallende Trend der Wirtschaft hatte Milliardenunterstützungen von Notbanken zu Folge. Am Ende des Monats stand weitere große Bank kurz vom Kollaps – Hypo Real Estate.¹⁰⁶

Die weltwirtschaftliche Situation begann schon ernst zu werden. Weltweit suchten Politiker und Wirtschaftswissenschaftler ein Rezept, um die Finanzkrise bewältigen zu können. Es begann die Zeit der Rettungspakete. Die USA stimmten am Anfang Oktober ein Rettungspaket für amerikanische Banken in der Höhe von 700 Mrd. Dollar. Deutschland blieb nicht zurück und zwei Tage später entstand auch in Deutschland ein Rettungspaket - über 50 Mrd. Euro, vor allem zum Überleben der Immobilienfinanzierer Hypo Real Estate.¹⁰⁷

Bereits im Oktober zeigte sich, dass die Krise nicht nur den Finanzsektor betrifft. Weltweit brachen die Absätze ein, vor allem bei der Autoindustrie. Die Autobauer mussten ihre Produktion senken oder die Werksferien verlängern. Es droht ein wesentlicher Arbeitsplatzabbau.¹⁰⁸ Seit dieser Zeit wurde die Finanzkrise zu einer Wirtschaftskrise.

3.4 Die Wirtschaftskrise

Das Scheitern von deutschen Banken setzte auch weiter fort, keine Maßnahmen stoppten diese Talfahrt. Diese Situation verschlimmerte noch die Tatsache, dass Island vor dem Staatsbankrott stand, was sich in der europäischen Wirtschaft hart spüren war, weil zahlreiche deutschen Banken und Anleger in Island ihre Finanzen anlegten und jetzt sie keinen Zugriff dazu hatten, weil die Konten wegen der Pleite und anschließender Verstaatlichung isländischer Banken eingefroren wurden.¹⁰⁹ Erst am Ende November bekamen die Kunden ein Versprechen, dass sie alle ihre Einlagen vollständig zurückbekommen.

¹⁰⁵ <http://www.wiwo.de/finanzen/finanzkrise-vom-immobilienboom-zum-boersen-crash-271063>

¹⁰⁶ <http://www.welt.de/wirtschaft/article2505773/Dax-Konzern-Hypo-Real-Estate-vor-Kollaps.html>

¹⁰⁷ <http://www.tagesschau.de/wirtschaft/chronologiefinanzmarktkrise106.html>

¹⁰⁸ <http://www.welt.de/wirtschaft/article2646093/Wie-die-Autoindustrie-auf-den-Abschwung-reagiert.html>

¹⁰⁹ <http://www.der-finanz-experte.de/index.php/2008/10/16/island-anleger-der-verstaatlichten-kaupthing-bank-mussen-entschadigung-beantragen/>

Am 20. Oktober 2008 wurde die Rechtsverordnung zur Umsetzung des Bankenrettungspaketes von der Bundesregierung beschlossen. Die finanzielle Hilfe sollte unter eine Reihe von Bedingungen von der Finanzmarktstabilisierungsanstalt, die den Fond verwaltet, ausgezahlt werden. Diese Anstalt wurde neu errichtet und disponierte mit einem Finanzvolumen von 500 Mrd. Euro.¹¹⁰

Im Oktober stand aber ein weiteres Land vor dem Krach – Ungarn. Schließlich bekam es eine finanzielle Hilfe seitens des Internationalen Währungsfonds, der Weltbank und der Europäischen Union. Das Bundeswirtschaftsministerium schlug den Aufbau einer europäischen Rating-Agentur vor, um der falschen Bewertung der Wertpapiere vorzubeugen.

Zahlreiche Finanzinstitutionen nutzten das Rettungspaket aus. Aber in schlechter Lage befanden sich nicht mehr nur diese Unternehmen, sondern auch anderen, vor allem die Autobauern, die ihre Produktion drosseln mussten und die auch nach einer Unterstützung von Staat riefen. Als gute Lösung schiene nach manchen Wirtschaftswissenschaftlern die Steuersenkung zu sein.¹¹¹

Die deutsche Regierung beschloss am 5. November erstes Konjunkturpaket, um die Rezession in Deutschland zu hemmen. Das Ziel dieses Pakets war Wachstum und Beschäftigung auch weiterhin zu sichern. Es förderte Investitionen und Aufträge von Unternehmen, privaten Haushalten und Kommunen, dafür wurde sein Volumen auf 50 Milliarden Euro für die zwei nächsten Jahre festgelegt. Es beinhaltete Begünstigungen, davon waren die Bedeutendsten: für Unternehmer - Sonderabschreibungen und degressive Abschreibungen, für Arbeitnehmer - Ausbau des Sonderprogramms für ältere und geringqualifizierte Menschen, Errichtung von 1000 zusätzlichen Vermittlerstellen in den Agenturen für Arbeit zum Zweck der Vermittlung neuer Arbeit für die Arbeitnehmer, die sich in Kündigungsphase befinden, Verlängerung der Kurzarbeit von 12 auf 18 Monate. Weitere wichtige Teile dieses Pakets waren Kraftfahrzeugsteuerbefreiung oder -Ermäßigung für umweltfreundliche Autos und Förderung der Infrastrukturausbau und –Sanierung.¹¹²

Im Januar 2009 wurde die zweitgrößte deutsche Privatbank teilweise verstaatlicht. Wegen ihres Pleiterisikos bekam sie vom Staat zehn Milliarden Euro, wofür der Staat 25

¹¹⁰ <http://www.forium.de/redaktion/finanzkrise-bundesrat-stimmt-rettungspaket-fuer-finanzmarkt-zu/>

¹¹¹ <http://www.wiwo.de/politik-weltwirtschaft/steuern-senken-gegen-die-krise-383279/>

¹¹² <http://www.bmwi.de/BMWi/Navigation/Wirtschaft/Konjunktur/konjunkturpaket-1,did=287550.html>

Prozent plus eine Aktie erhielt.¹¹³ Weltweit wurde die Verstaatlichung der Banken zu einer häufigen Erscheinung.

Am 13. Februar 2009 kam das zweite deutsche Konjunkturpaket zur Welt. Es umfasste 50 Milliarden Euro und seine Schwerpunkte waren Investitionen der öffentlichen Hand (vor allem Bildungsbereich), Senkung der Einkommenssteuer, der Beitragssätze der Krankenversicherung, der Arbeitslosenversicherung und Erhöhung des Grundfreibetrags. Weitere Maßnahmen in diesem Konjunkturpaket: die Umweltprämie (umgangssprachlich Abwrackprämie) – zur Stärkung der PKW-Nachfrage, Neuregelung der Kraftfahrzeugsteuer – je umweltfreundlicheres Kraftfahrzeug, desto niedrigere Steuer, Förderung der Kurzarbeit durch abgesenkte Sozialabgaben und weitere. Dieses Paket bedeutete eine wesentliche Belastung des Staatshaushaltes und führte zur tiefen Verschuldung Deutschlands. Das Ziel dieses Pakets war die Ankurbelung der Wirtschaft und Förderung der Beschäftigung.¹¹⁴

Noch im Februar wurde ein weiteres wichtiges Gesetz beschlossen, und zwar das Enteignungsgesetz. Es gab zwar zahlreiche negative Reaktionen zu diesem Thema aber dieser Schritt musste getan werden, um die schrumpfende Bank Hypo Real Estate zu retten. Es gibt aber strenge Bedingungen, die vor einer Verstaatlichung erfüllt werden müssen.¹¹⁵ Dieses Paket wurde dann am Anfang April genehmigt. Der Staat wurde zuerst zu einem Mehrheitseigner dieser Bank, die anderen Aktionäre protestierten gegen die Verstaatlichung. Diese Streitigkeiten dauerten bis zum 5. Oktober 2009, wann die vollständige Verstaatlichung der HRE beschlossen wurde. Die inzwischen ständig scheiternde HRE kündigt dann einen Bedarf von weiterer Finanzhilfe an.¹¹⁶

Am Anfang des Jahres scheiterten aber weltweit immer weitere Finanzinstitute, wie zum Beispiel AIG und Allianz. Alle diese Institute wurden mit faulen Wertpapieren überflutet und konnten sich von diesen nicht befreien. Die Bundeskanzlerin Angela Merkel erklärte im April, die Bereinigung deutscher Bank-Bilanzen von toxischen Wertpapierbeständen zur Chefsache zu machen. Diese sollte mit Hilfe des sog. Bad-Banken-Modells erfolgen und alles aus dem Steuereinkommen bezahlt werden, was eine große Diskussion erregte.¹¹⁷

¹¹³ <http://www.abendblatt.de/wirtschaft/article590832/Commerzbank-zu-einem-Viertel-verstaatlicht.html>

¹¹⁴ http://ekonomika.idnes.cz/nemecka-vlada-odhlasovala-obri-balik-na-podporu-ekonomiky-pm7/-eko-zahranicni.asp?c=A090127_113042_eko-zahranicni_ven

¹¹⁵ <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,608350,00.html>

¹¹⁶ <http://www.tagesschau.de/wirtschaft/hre302.html>

¹¹⁷ <http://www.welt.de/politik/article3561475/Merkel-macht-Bad-Bank-Frage-zur-Chefsache.html>

Eine bedeutende Maßnahme der EU war am 23. April 2009 die Festlegung der staatlichen Aufsicht auf Rating-Agenturen, die vom großen Teil an der Finanzkrise schuldig waren und die total das Vertrauen im ganzen Finanzbereich verloren haben.¹¹⁸

Ende April kündigten die G7-Finanzminister, dass die Krise langsam nachließ. Aus den Daten, die diese Experten zur Verfügung hatten, gab es sich aus, dass sich der Abschwung verlangsamt und erste Anzeichen einer Stabilisierung waren schon ganz gut merkbar.¹¹⁹

Das waren aber langfristige Ausblicke. Die damalige Wirtschaftssituation war ganz anders. Weitere Banken und Unternehmen scheiterten, wiesen große Verluste aus, kündigten Insolvenz oder wurden von anderen Unternehmen übernommen. Die Begeisterung über die Abwrackprämie ließ nach und die internationalen Agenturen warnten vor Bevorzugung der Autobranche bei Bewältigung der Krise. Im Mai teilte der Konzern Arcandor mit, dass er ohne Staatsbürgerschaft nicht überleben werde. Die Union lehnte es aber ab, ihm eine finanzielle Hilfe zu leisten. Die Reaktion ließ auf sich nicht lange warten – zwei Tage später nach der Ablehnung demonstrierten etwa 6000 Mitarbeiter von Arcandor in Berlin für eine Staatsbürgerschaft und den Erhalt ihrer Arbeitsplätze.¹²⁰ Das half aber nicht und am 9. Juni kündigte Arcandor seine Insolvenz an.¹²¹ Das führte zu weiteren Demonstrationen und zu zahlreichen Streiten im Reichstag. Ende Juli bekam mindestens die Tochtergesellschaft dieses Konzerns – Quelle – eine Finanzspritze in der Höhe von 50 Millionen Euro vom Bund um in ihre Tätigkeit fortsetzen zu können.¹²²

Ständiges Ablehnen der finanziellen Hilfe des Staates für Arcandor rief in Deutschland eine große Kritik an Staatshilfen hervor, die vor allem in Automobilindustrie flossen. In eine schwierige Situation geriet auch die Luftfahrtindustrie, deren Umsatz wegen allgemeinen Spartendenzen der Bevölkerung kritisch sank. Deutschland wurde aber als Exportweltmeister vom Exportabsturz am härtesten betroffen.

Nach gespannter Diskussion verabschiedete die Regierung im Juli endlich das Bad-Bank-Gesetz. Wirtschaftsexperten gaben Bescheid, dass die deutsche Wirtschaft schon den Tiefpunkt hinter sich habe und der Produktionszuwachs immer deutlicher werde. Trotzdem

¹¹⁸ <http://www.zeit.de/online/2009/18/eu-ratingagenturen-kontrolle>

¹¹⁹ <http://www.news.de/wirtschaft/805719522/g7-finanzminister-sehen-hoffnungsschimmer/1/>

¹²⁰ <http://www.tagesschau.de/wirtschaft/chronologiefinanzmarktkrise122.html>

¹²¹ <http://www.tagesschau.de/wirtschaft/arcandorinsolvenz100.html>

¹²² <http://www.mdr.de/nachrichten/6505388.html>

kämpften viele Unternehmen in dieser Zeit immer noch ums Überleben und der Arbeitsstellenabbau setzte fort.

Im Juni erwies sich aber auch, dass die unterstützende Arbeitspolitik viel mehr Geld kostet, als erwartet. Vor allem die Ermäßigungen für Kurzarbeit trugen zur Abnahme der finanziellen Mittel bei – die außerplanmäßigen Ausgaben für das Jahr 2009 betragen 5,3 Milliarden Euro.¹²³

In der Welt verbesserte sich die wirtschaftliche Situation auch, die US-Banken wiesen Milliardengewinne aus und begannen ihre Schulde gegenüber dem Staat zu tilgen – das gelang auch seit August der Commerzbank. Einen riesigen Aufschwung erlebte China, deren Wirtschaft trotz der Krise wesentlich anwuchs. Weltweit sinken in der Folge der Krise die Preise.

Aus den Statistiken im August ergab es sich, dass die Arbeitslosenzahlen zwar weiter stiegen, aber nur leicht.¹²⁴ Das führte zu den Optimismus, dass die Folgen der Krise weniger schlimm sein werden als lange befürchtet. Dieser niedriger Anwuchs ist zum Teil auch dank Kurzarbeit verursacht, deren Folge war aber auch der Rückgang von der Reallöhne in Deutschland im zweiten Quartal.¹²⁵

Am 2. September 2009 war die Abwrackprämie zu Ende. Die fünf Milliarden Euro für diesen Zweck wurden aufgebraucht. Zwei Millionen Altfahrzeuge wurden verschrottet und die Autoindustrie schien angekurbelt zu sein.¹²⁶ Später führte die Abwrackprämie aber zur Rückgang der Nachfrage.

Das Statistische Bundesamt stellte am 22. Oktober eine Abschätzung vor, dass die Stabilisierung des Finanzsektors in Deutschland im Jahr 2008 mehr als der Milliarden Euro kostete.¹²⁷

Im November brachen die Probleme eines traditionellen deutschen Versandhauses – Quelle – voll durch. Trotz der Hilfe des Staates befand sich dieses Unternehmen kurz vor Pleite, am Anfang November musste es einen großen Ausverkauf starten, später übernahm die Konkurrenzfirma Otto nur einige Teile dieses Unternehmens und der Rest von Quelle ging langsam unter.

¹²³ <http://www.tagesschau.de/wirtschaft/arbeitsagentur116.html>

¹²⁴ <http://www.bildungsspiegel.de/aktuelles/bbb-analyse-august-2009-arbeitslosenzahl-steigt-leicht.html?Itemid=262>

¹²⁵ http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pm/2009/09/PD09__354__623,templateId=renderPrint.psm

¹²⁶ <http://www.stern.de/auto/service/ende-der-abwrackpraemie-der-topf-ist-leer-1506659.html>

¹²⁷ <http://www.tagesschau.de/wirtschaft/banken170.html>

Karstadt - eine weitere deutsche Firma, die insolvent war, setzte sich immer noch mit finanzieller Not auseinander. Ihre Mitarbeiter verzichteten seit 7. November 2009 auf insgesamt 150 Millionen Euro zu Gunsten eines Überlebens des Unternehmens. Das gesparte Geld stammte von gesenkten Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld und tariflichen Vorsorgeleistungen.¹²⁸

Die Kurzarbeit erwies sich als ein wirksames Instrument im Kampf gegen die Krise, deshalb wurde mit ihr auch für das Jahr 2010 gerechnet und sie wurde dazu noch verlängert – von bisher möglichen 18 Monaten der Kurzarbeit auf maximal 24 Monate.¹²⁹ Übrigens dank allen Arbeitsmarktmaßnahmen meldete die Bundesagentur für Arbeit für November trotz Wirtschaftskrise sinkende Arbeitslosenzahlen.¹³⁰

Der Staat wollte der wachsenden Kreditklemme begegnen, deshalb berief er seit dem 2. Dezember einen Kreditmediator, der zwischen Banken und Unternehmen vermitteln soll. Mit dem Anfang der Krise kamen auch dutzende Insolvenzen und Streitigkeiten der Banken mit den Unternehmen über Kredite, deshalb entstand dieser Posten des Kreditmediators, der gerade bei diesen zuspitzenden Situationen schlichten soll.¹³¹ Zur Sanierung von Banken entstand in Deutschland im Dezember die erste Bad-Bank, die für faule Risikopapiere der angeschlagenen WestLB bestimmt wurde.

Die EU beschloss am 2. Dezember 2009 eine neue Finanzaufsicht für Europa, der zur Lösung dieser Krise und zur Vorbeugung eventueller nächster Krisen beitragen soll.¹³²

Dezember 2009 brachte aber auch ein weiteres Paket von Maßnahmen gegen die Krise. Am 4. Dezember wurde das Steuerpaket verabschiedet. Er soll Entlastungen für Familien, Unternehmen, Erben und Hotels bringen und sein Umfang beträgt 8,5 Milliarden Euro.¹³³

Bei einem weiteren EU-Land gab es seit Anfang Dezember Andeutungen zur Pleite. Griechenland wurde von Ratingagenturen als der Staat mit niedriger Kreditwürdigkeit bezeichnet. Seine Regierung traf bestimmte Sparmaßnahmen um die Wirtschaftssituation zu verbessern. Diese riefen aber nur Demonstrationen hervor.

¹²⁸ <http://www.tagesschau.de/wirtschaft/karstadt148.html>

¹²⁹ <http://www.tagesschau.de/wirtschaft/kurzarbeit138.html>

¹³⁰ <http://www.tagesschau.de/wirtschaft/arbeitslosenzahlen140.html>

¹³¹ <http://www.tagesschau.de/wirtschaft/kreditmediator100.html>

¹³² <http://www.dnews.de/nachrichten/wirtschaft/149109/kompromiss-eu-starkt-finanzaufsicht.html>

¹³³ <http://www.stern.de/politik/deutschland/umstrittene-entlastungen-bundestag-nickt-steuerpaket-ab-1526803.html>

Deutschland schloss das Krisenjahr 2009 mit einem staatlichen Defizit in Höhe von 79,3 Milliarden Euro ab. Das entspricht 3,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.¹³⁴

Deutsche Forschungsagenturen meldeten, dass deutsche Wirtschaft weniger stark schrumpfte als befürchtet. Im Jahre 2009 gingen 185 000 Betriebe europaweit pleite. Deutschland wurde davon nur relativ glimpflich betroffen – Anzahl der Pleiten beträgt hier 34 300.¹³⁵

Im Februar 2010 wurde eindeutig klar, dass Griechenland vor der Pleite steht. Die EU wollte sich nur auf politische Unterstützung beschränken und keine Finanzmittel für die Staatshilfe zu leisten. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Griechenlands machten allen EU-Staaten Sorgen um die Währung, die durch den Bankrott entwertet werden könnte.

In der Zeit der Entstehung dieser Arbeit war die weitere Entwicklung der Wirtschaftskrise nicht bekannt, deshalb muss ihre Beschreibung an dieser Stelle unterbrochen werden.

3.5 Die Arbeitslosigkeit während der Krise, Auswertung der Maßnahmen

Deutschland hatte schon seit seiner Vereinigung Probleme mit hoher Arbeitslosigkeit. Die Situation auf dem deutschen Arbeitsmarkt entwickelte sich erst vor dem Anfang der Weltfinanzkrise etwas günstiger. Im Jahre 2006 kam ein Einbruch und die Arbeitslosenquote begann sich positiv zu entwickeln. Im Spätherbst 2008 wurde sogar ein Rekordtiefstand der Arbeitslosigkeit erreicht (November: 7,1 Prozent) aber schon zum Jahreswende stieg die Zahl der in Deutschland registrierten Arbeitssuchenden an. Das Jahr 2008 war das beste Jahr für den Arbeitsmarkt seit 1992. An seinem Ende wurde schon die Auswirkung der Krise sichtbar.¹³⁶

Die Abschätzungen von internationalen Instituten waren sehr pessimistisch. Deutschland befürchtete, dass die Krise für die Arbeitslosigkeit vernichtende Auswirkungen haben wird. Deshalb wurde dieses Thema im Bundestag häufig diskutiert und neue Gesetze konzentrierten sich vor allem auf das Problem des Stellenabbaus und einer Verbesserung der Wirtschaftlage. So entstanden die oben erwähnten Konjunkturpakete, die unbestreitbar zur Milderung der Krisenauswirkungen beitrugen.

¹³⁴ http://wirtschaft.t-online.de/deutschland-2009-mit-hoerem-defizit-als-bisher-gemeldet/id_21857124/index

¹³⁵ http://www.focus.de/finanzen/news/konjunktur-wirtschaftskrise-loest-neue-pleitewelle-aus_aid_476748.html

¹³⁶ <http://www.tagesschau.de/wirtschaft/arbeitslosenzahlen110.html>

Die OECD lobte die Konjunkturpakete in ihrer Nachricht über der Situation in Deutschland und äußerte sich, dass gerade dank diesen Paketen die Arbeitslosigkeit wesentlich gehemmt wurde und sich die Prognosen nicht erfüllten. Als die bedeutendste Gegenmaßnahme der Krise wertet die OECD die Kurzarbeit, deren Model nach dem deutschen Erfolg auch in anderen Ländern eingeführt wurde.¹³⁷

Im Jahre 2009 stagnierte die Arbeitslosigkeit zuerst – bewegte sich immer um den Wert 8,3 Prozent – bis zum September, als ein größerer Abschwung merkbar wurde und den zwei folgenden Monaten ging die Zahl der Arbeitslosen langsam zurück. Das wurde wahrscheinlich durch die Verbesserung der Situation auf dem Weltmarkt verursacht. Der rückläufige Trend dauerte aber nicht lange, schon im Dezember begann ein neuer, kräftiger Anstieg, der auch im Jahr 2010 fortsetzte (Die Tabelle: Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit 2007-2010 siehe Anhang).

Die Maßnahmen Deutschlands im Bereich Arbeitsmarkt kann man also momentan als positiv bewerten. Aber genau wie bei den anderen kann man kaum sagen, ob man sie auch langfristig als günstige Maßnahmen bewerten kann. Zum Beispiel die Abwrackprämie steigerte zwar in der Zeit ihrer Wirkung den Umsatz der Autobauer aber schon heute zeigt sich ein wesentlicher Rückgang von Aufträgen in dieser Branche, weil dadurch auch die zukünftige Nachfrage ausgeschöpft wurde. Jedenfalls ist schon ein Aufschwung der Wirtschaft (nicht nur der deutschen, sondern auch weltweit) merkbar aber die Wirtschaftskrise ist noch nicht zu Ende und es können noch weitere Einbrüche kommen. Doch aus der kurzfristigen Sicht halfen die umgesetzten Maßnahmen zur Milderung der Krisenauswirkungen und zur Stabilisation einzelnen Bereichen der Wirtschaft, so dass diese in ihrer Tätigkeit meistens fortsetzen können.

¹³⁷ http://www.oecd.org/document/14/0,3343,de_34968570_35008930_43708366_1_1_1_1,00.html

4 Der Vergleich der Wirtschaftskrise der 30. Jahre des 20. Jahrhundert und der Finanzkrise/Wirtschaftskrise 2008-2010

Heute bezweifelt wahrscheinlich niemand mehr, dass die Weltwirtschaftskrise 1929-1933 und die heutige Weltwirtschaftskrise (2008-?) die zwei größten neuzeitliche Krisen sind. Übrigens bestätigen diese zwei Krisen auch die sog. Kondratieff-Theorie. Sie behauptet, dass umfangreichere Konjunkturkrisen nach ca. 45-60 Jahren (siehe Kap. 2.1.1) nach einem Konjunkturaufschwung, der durch den technischen Fortschritt verursacht wurde, entstehen. Im Falle der ersten Weltwirtschaftskrise war es vor allem die Expansion der Elektrizität und neuer Maschinen, die die Produktion wesentlich erleichterten und erhöhten. Die andere Weltwirtschaftskrise folgte nach einer Zeit der Prosperität in den 90. Jahren des 20. Jahrhunderts – das war die Zeit der Internetkommunikation und neuen technischen Erfindungen, die den Produktionsprozess wieder beschleunigten. Nach dieser starken Konjunkturphase kam aber eine Rezession – und je stärker war der Aufschwung, desto schmerzhafter der Fall der Wirtschaft ist.

4.1 Der allgemeine Vergleich

Interessant ist diese zwei Krisen aus dem Sicht der Wirtschaftstheorien zu betrachten. In der Weltwirtschaftskrise in 30. Jahren war das Wirtschaftssystem und die Wirtschaftslehre etwas ganz neues. Es gab eigentlich nur eine Haupttheorie – neoklassische Theorie, die auf der freien Entwicklung der Wirtschaft ohne staatliche Eingriffe basierte. Dieses Verfahren beeinflusste vor allem die Länge und die Tiefe der „alten“ Krise, weil man immer auf selbstheilende Kräfte der Wirtschaft glaubte und lange keine Schritte gegen sie unternahm. Und es gab bisher auch keine vergleichbare Erscheinung - nur kleinere Krisen, auf die die Kräfte des Marktes reichten. Erst nach ersten Jahren der Weltwirtschaftskrise in Deutschland - als es eindeutig wurde, dass diese Krise zu ernst ist – begannen die Oberhäupter des Staates diese endlich aktiv zu bekämpfen. Es entstand aber mittlerweile eine kritische Situation. Manche Wirtschaftswissenschaftler behaupten heute sogar, dass die Weltwirtschaftskrise in der ersten Hälfte des 20. Jahrhundert überhaupt nicht so schlimme Auswirkungen gehabt hätte, wenn der Staat früher eingegriffen hätte.

Seit dieser Wirtschaftskrise beschäftigten sich Wirtschaftswissenschaftler mit der Frage des Konjunkturprozesses viel gründlicher. Es entstanden zahlreiche neue Theorien und die alten wurden weiter um neue Erkenntnisse erweitert. Wirtschaftsexperten vereinigten sich in verschiedenen Forschungsinstituten und diese hatten dann auch Einfluss auf die Entscheidungen der Regierung. Eigentlich warnten viele dieser Wirtschaftsexperten lange im Voraus vor einer kommenden Krise. Doch ihre Warnrufe haben nicht einmal die Staatshaushaltsausgaben vermindert.

Die gegenwärtige Krise sollte also bessere Voraussetzungen für ihr baldiges Ende und nicht so vernichtende Auswirkungen haben. Ob dies wirklich so ist, kann ich leider in diesem Moment nicht beurteilen, weil die „neue“ Wirtschaftskrise noch nicht beendet ist und ihr Ablauf so noch nicht bewertet werden kann. Jetzt ist sicher nur das, dass man schon vom Anfang an die Krise mittels verschiedenen Gesetze und Regeln zu bewältigen versuchte – im Gegenteil zur ersten Weltwirtschaftskrise – und dass wahrscheinlich dank diesem Umstand keine so kritische Bedingungen in den betroffenen Ländern eintraten. Aber welche Folge wird die riesige Verschuldung fast aller Länder in der Zukunft haben wird kann noch niemand abschätzen.

Diese zwei Weltwirtschaftskrisen sind auch sehr unterschiedlich was die weltwirtschaftliche und international-politische Situation angeht. Nach dem Ersten Weltkrieg war Europa politisch sehr unstabil. Es zerbrach (nicht nur) die wirtschaftliche Zusammenarbeit unter den europäischen Staaten, es herrschte ein starker Protektionismus und Schutzstrebungen eigenen Marktes, was mit der Krise noch deutlicher wurde. In der Wirtschaftskrise kann man kaum eine Kooperation zwischen den Staaten für bessere Bewältigung der tiefen Rezession finden. Mindestens gegenüber Deutschland gab es solche Bemühungen nur wenig oder diese beschränkten sich auf die Reparationszahlungen – ihre Höhe und auch Finanzunterstützung für die Absicherung dieser Zahlungen. Aber das war für zerstörtes Deutschland keine Lösung, wenn der Weltmarkt nicht richtig funktionierte.

Der gegenwärtige Trend für die Weltwirtschaft ist aber die Globalisierung. Das bringt nicht nur die negativen Folgen, wie schon erwähnt. Vor allem die Neigung zu verschiedenen Bunden und Unionen ist sehr positiv. Die bekannteste und wahrscheinlich auch die mächtigste ist heute die Europäische Union. Sie fördert die Zusammenarbeit unter ihren Mitgliedern, gibt Empfehlungen und Ratschlägen den einzelnen Ländern und hauptsächlich leistet notwendige Finanzhilfe den schwächeren Staaten im Notfall.

Und die politische Labilität in den 30. Jahren des 20. Jahrhunderts wirkte sich nicht nur in den internationalen Beziehungen, sondern auch im Inland. Diese Weltwirtschaftskrise half Hitler wesentlich die Macht zu ergreifen, weil die Bevölkerung Deutschlands wegen der Unfähigkeit der Regierenden sich auf etwas zu einigen das Vertrauen in Demokratie verlor und lieber extremistische Parteien wählte. Und erst unter Hitler begann wieder die Wirtschaft zu wachsen.

Die heutigen politischen Bedingungen in Deutschland kann man im Gegenteil dazu als günstige bezeichnen. Es gibt zwar Streitigkeiten im Bundestag aber das ist übliche Situation in Demokratie. Insgesamt ist aber die politische Situation heute stabil.

Die beiden Krisen haben aber auch einen gemeinsamen Grundzug – die Herkunft. Beide entstanden nach einem Börsen-Crash in New York. Und beide betrafen am Anfang nur ein Wirtschaftsbereich und folgend verbreiteten sie sich auf die gesamte Wirtschaft.

4.2 Die Arbeitslosigkeit

Die Arbeitslosigkeit ist die die Krisen begleitende Erscheinung, die für die Bevölkerung am spürbarsten ist. Deshalb zielten die Regierungen während beiden Krisen ihre Politik vor allem auf die Förderung des Arbeitsmarktes.

Doch die Situation auf dem Arbeitsmarkt in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts war ganz anders als heute. Das System von Sozialleistungen war ganz neu und keinesfalls fehlerfrei und auch die Registration von Arbeitslosen begriff von weitem nicht alle ein. Deshalb sind die Statistiken aus dieser Zeit nur ungefähr.

Wenn man die statistischen Daten über der Arbeitslosigkeit von beiden Wirtschaftskrisen vergleicht, stellt es fest, dass das Quotenniveau sehr unterschiedlich ist. Während Deutschland in 30er Jahren mit der Arbeitslosigkeit auch in der Höhe von 30 % kämpfte, die gegenwärtigen Quoten greifen nicht mal 10 % über.

Tabelle Nr. 2 Arbeitslosigkeit in Deutschland 1929 - 1933

Arbeitslosigkeit in Deutschland in Jahren 1929 - 1933		
	Arbeitslosenzahl (in Mio)	Arbeitslosenquote (in %)
1929	1,9	9,6
1930	3,7	15,7
1931	5,1	24
1932	5,3	30
1933	6,0	26

Quelle: Wehler, H.-U.: *Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Band 4: Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914-1949*, München 2003, s. 260.

Tabelle Nr. 3 Arbeitslosigkeit in Deutschland 2007 - 2009

Arbeitslosigkeit in Deutschland in Jahren 2007-2009		
	Arbeitslosenzahl (in Mio)	Arbeitslosenquote (in %)
2007	3,7	9,0
2008	3,268	7,8
2009	3,423	8,2

Quelle: Statistisches Bundesamt

Die Situation auf dem Arbeitsmarkt ist eigentlich heute mit der damaligen völlig ungleich. Im Betracht von Arbeitslosigkeit kann man diese zwei größten Weltwirtschaftskrisen auf das gleiche Niveau setzen. So kritische Zahlen wie damals gab es zum Glück heute nicht. Auch in der Zeit der Weimarer Republik erwartete man keine so großen Probleme mit der Beschäftigung. Deshalb scheiterte auch das System der sozialen Leistungen, weil es auf so hohe Ausgaben nicht eingestellt wurde.

Der Ausweg der Arbeitslosigkeit war eigentlich in beiden Fällen ganz ähnlich und zwar die staatlichen Investitionen in der Infrastruktur und Veränderungen von Regelungen auf dem Arbeitsmarkt zu Gunsten von Arbeitnehmern. Ein Unterschied besteht darin, dass die neuen Regelungen in der ersten Weltwirtschaftskrise etwas später – erst unter Hitler – kamen, während in der Gegenwart auf den die Arbeitslosigkeit regelnden Gesetzen schon mit ersten Andeutungen der Krise gearbeitet wurde.

4.3 Die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes während der beiden Krisen

Das Bruttoinlandsprodukt¹³⁸ ist der beste Index, an dem man die wirtschaftliche Entwicklung und Situation einzelner Länder ablesen kann.

Tabelle Nr. 5 Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes in Deutschland in Jahren 1929 - 1933, 1913 = 100

Jahr	1929	1930	1931	1932	1933
BIP	121	119	110	102	108

Quelle: <http://epub.ub.uni-muenchen.de/382/1/ns-abNEU.pdf>

¹³⁸ Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) gibt den Gesamtwert aller Güter an, die innerhalb eines Jahres innerhalb der Landesgrenzen einer Volkswirtschaft hergestellt wurden und dem Endverbrauch dienen.

Tabelle Nr. 6 Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland in Jahren 2007 - 2009

Jahr	2007	2008	2009
BIP	+ 2,5 %	+ 1,3	-5%

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bruttoinlandsprodukt 2009 für Deutschland - Begleitmaterial zur Pressekonferenz

Diese zwei Tabellen unterscheiden sich ein wenig, weil die erste die Veränderung allen Jahren gegenüber dem Jahr 1913 zeigt und die zweite die Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Trotzdem kann man den großen Rückgang während der ersten Wirtschaftskrise erkennen.

In der ersten Tabelle von Jahren 1929 – 1933 sieht man, dass das BIP bis zum Jahre 1933 wesentlich sank. Im Jahre 1933 endete in Deutschland die Rezession und die deutsche Wirtschaft begann zu wachsen.

Aber die gegenwärtigen Angaben kann man mit den aus der ersten Weltwirtschaftskrise nicht vergleichen, weil es für eine Bewertung zu früh ist. Die deutsche Wirtschaft entwickelte sich bis 2007 positiv und seit diesem Zeitpunkt stürzen die BIP-Werte ab. Wie tief der Rückfall sein wird, das kann man heute nur abschätzen.

Schlusswort

Die vorliegende Arbeit beschäftigte sich mit dem Vergleich der zwei größten Wirtschaftskrisen, die Deutschland bisher betrafen. Dieses Thema wird in letzter Zeit sehr populär, weil heute immer die zweite große Weltwirtschaftskrise herrscht und das Leben auf fast ganzem Welt beeinflusst. Als ich mir dieses Thema ausgewählt hatte, war die Krise erst am Anfang und eigentlich immer noch “nur“ eine Finanzkrise. Damals habe ich noch nicht geglaubt, dass diese zwei Krisen irgendwie vergleichbar sind. Doch im Laufe der Zeit hat sich viel geändert.

Heute ist aber schon klar, dass diese Wirtschaftskrise die größte Krise seit der 30er Jahren ist. In meiner Arbeit versuchte ich die Zusammenhänge und Ähnlichkeiten dieser zwei Krisen zu entdecken. Das gelang mir aber nur bei den Rahmenumständen. Was den Umfang der Krise anbetrifft, sind diese zwei Weltwirtschaftskrisen nicht vergleichbar. Die Situation in der Zeit der früheren Weltwirtschaftskrise war eindeutig kritischer. Die Arbeitslosigkeit erwies so hohe Zahlen, dass es man kaum glauben kann. Heute bewegt sich sie um 3 Mill., was auch eine hohe Rate ist, aber nicht mehr so vernichtend. Dasselbe gilt auch für die Werte des Bruttoinlandsproduktes.

Heute werden die Wirtschaftskrisen vor allem negativ und als eine Folge der fehlerhaften Politik gehen. Fast niemand denkt daran, dass die Krise (bzw. Rezession) eine Phase des Wirtschaftszyklus ist und deshalb sie absolut natürlich und erforderlich ist. Der ständige Wirtschaftsaufschwung ist eine irrealer Erscheinung. Nach jeder Aufschwungphase muss eine Rezession folgen, so ist der Regel. Man kann zwar die Auswirkungen der Krise mit Hilfe von verschiedenen Instrumenten reduzieren aber diese nicht total bewältigen.

Jedenfalls war die erste große Weltwirtschaftskrise für die Menschen eine bedeutende Lehre. Man hat damals naiv an die totale Macht über der Wirtschaft und ihren Zyklen geglaubt und ist dann unangenehm überrascht worden. Doch heute kann man diese Lehre vom großen Teil als positive ansehen, weil man nach dem wirtschaftlichen Schock zu forschen begonnen hat und heute es viele Erkenntnisse zur Förderung und Steuerung der Wirtschaft gibt, die wahrscheinlich ohne einem so umfangreichen Crash nie entstehen würden.

Die Krise hat auch eine heilende Auswirkung – reinigt den Markt von wenig produktiven Unternehmen aus und bereitet den Weg für neuen kräftigen Wirtschaftsaufschwung. Man darf auch die Preissenkungen nicht vergessen.

Die Krisen wird es also sicherlich auch in der Zukunft geben, niemand kann das vermeiden. Es sei denn man würde zu einem anderen System, als es Kapitalismus ist übergehen. Aber bis dieser Umwandlung tauchen die Krisen ab und zu auf, in verschiedener Form und mit unterschiedlicher Kraft.

Resumé

Předkládaná bakalářská práce se zabývá porovnáním dvou dosud největších celosvětových hospodářských krizí se zaměřením na území Německa.

Pro přiblížení problematiky čtenáři jsou na jejím počátku vysvětleny ekonomické pojmy, týkající se ekonomických krizí všeobecně, a objasněno, proč takové krize vůbec vznikají.

Další kapitola se již věnuje zatím největší a nejvážnější hospodářské krizi, která proběhla v letech 1929-1933. Rozebírá a analyzuje situaci před touto krizí, chování státu během krize a její důsledky.

Stejným způsobem je analyzována i druhá velká světová krize, tedy ta, co v Německu započala v roce 2008 a jejíž doba trvání při vzniku této práce ještě nebyla známá. Ze stejného důvodu zde nemohly být uvedeny dlouhodobější následky této krize, proto se tato kapitola zaměřuje spíše na obecné popsání dosavadního průběhu krize a na snahu státu o její řešení.

Výsledkem této práce bylo zjištění, že současná hospodářská krize (zatím) nedosáhla ani zdaleka rozměrů té na začátku století, což je v závěrečné analýze dokázáno pomocí několika příkladů.

Literaturverzeichnis

1. Cihelková, Eva a kol. *Mezinárodní ekonomie II*. 1. vydání. Praha: C. H. Beck, 2008. ISBN 978-80-7400-054-6
2. Dichtl, Erwin; Issing, Otmar. *Vahdens Großes Wirtschaftslexikon*. 2. vydání. München: Vahlen, 1993. ISBN 34-2359-006-8
3. Echaudemaison, Claude. *Slovník ekonomie a sociálních věd*. 1. vydání. Praha: E.W.A. Edition, 1995. ISBN 80-85764-13-X
4. Foster, John Bellamy; Magdoff, Fred. *Velká finanční krize- příčiny a následky*. 1. vydání. Všeň: Grimmus, 2009. ISBN 978-80-902831-1-4
5. Frank, R.; Bernake, B. *Ekonomie*. 1. vydání. Praha: Grada, 2003. ISBN 80-247-0471-4
6. Fuchs, Kamil; Tuleja, Pavel. *Základy ekonomie*. 1. vydání. Praha: Ekopres, s.r.o., 2003. ISBN 80-86119-74-2
7. Heinemann, Friedrich. *Fit für die Zukunft? Deutschland im Wandel*. Informationen zur politischen Bildung Nr. 294, 1. Quartal 2007.
8. Henning, Friedrich Wilhelm. *Handbuch der wirtschafts-und Sozialgeschichte Deutschlands 3/I*. 1. vydání. Paderborn: Schöningh, 2003. ISBN 3-506-73863-1
9. Holman, Robert. *Ekonomie*. 4. vydání. Praha: C.H. Beck, 2005. ISBN 80-7179-891-6
10. Holman, Robert. *Makroekonomie : středně pokročilý kurz*. 1. vydání. Praha: C. H. Beck, 2004. ISBN 80-7179-764-2
11. Kouřimská, Milada a kol. *Zur Geschichte und Kultur der deutschsprachigen Länder*. 2. vydání. Praha: Scientia, spol. s r.o., 1999. ISBN 80-7183-141-7
12. Kunešová, Hana; Cihelková, Eva a kol. *Světová ekonomika*. 2. vydání. Praha: C. H. Beck, 2006. ISBN 80-7179-455-4
13. Liška, Václav a kol. *Makroekonomie*. 2. vydání. Praha: Professional Publishing, 2004. ISBN 80-86419-51-1
14. Pearce, D.W. *Macmillanův slovník moderní ekonomie*. 4. vydání. Praha: Victoria Publishing, 1994. ISBN 80-85605-42-2
15. Průcha, Václav; Faltus, Josef. *Všeobecné hospodářské dějiny 19. a 20. století*. 1. vydání. Praha: Oeconomica, 1996. ISBN 80-245-0499-5

-
16. Rondo, Cameron. *Stručné ekonomické dějiny světa*. 1. vydání. Praha: Victoria Publishing, 1996. ISBN 80-85865-21-1
 17. Slaný, Antonín; Žák, Milan. *Hospodářská politika*. 1. vydání. Praha: C.H. Beck, 1999. ISBN 80-7179-237-3
 18. Spree, Reinhard. *Geschichte der deutschen Wirtschaft im 20. Jahrhundert*. 1. vydání. München: C.H. Beck, 2001. ISBN 34-0647-569-8
 19. Šik, Ota. *Ekonomický růst, nerovnováhy a hospodářská politika*. 1. vydání. Karviná: Litera Nova, 1991. ISBN 80-901081-0-5
 20. Thammer, Hans-Ulrich. *Wirtschaft und Gesellschaft unterm Hakenkreuz*. Informationen zur Politischen Bildung Nr. 266, 1. Quartal 2000
 21. Urban, Jan. *Teorie národního hospodářství*. 2. vydání. Praha: ASPI, a.s., 2006. ISBN 80-7357-188-9

Internetquellen

1. [1] 1990 – 1999 Ein Europa ohne Grenzen, dostupný z <http://europa.eu/abc/history/1990-1999/index_de.htm> [online, dne 27.3. 2010]
2. Eva Zamrazilová: Nezapomínejme na demografický faktor, dostupný z <<http://www.cepin.cz/cze/prednaska.php?ID=664>> [online, dne 24.3. 2010]
3. Lehman Brothers war schon vor dem Crash pleite, dostupný z <<http://www.zeit.de/wirtschaft/2010-03/lehman-brothers-insolvenz>> [online, dne 11.3. 2010]
4. Dotcom-Blase, dostupný z <[1 http://www.boerse-express.com/wiki/Dotcom-Blase](http://www.boerse-express.com/wiki/Dotcom-Blase)> [online, dne 31.3. 2010]
5. Deutsche Wirtschaft wächst wie im Boomjahr 2000, dostupný z <<http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,488535,00.html>> [online, dne 10.3. 2010]
6. Wie mit der IKB die Finanzkrise Deutschland erreichte, dostupný z <<http://www.wiwo.de/unternehmen-maerkte/wie-mit-der-ikb-die-finanzkrise-deutschland-erreichte-402583/>> [online, dne 30.3. 2010]
7. Finanzkrise: Vom Immobilienboom zum Börsen-Crash, dostupný z <<http://www.wiwo.de/finanzen/finanzkrise-vom-immobilienboom-zum-boersen-crash-271063/4/>> [online, dne 30.3. 2010]
8. Finanzkrise - Panik an der Börse - Dax rutscht unter 7000 Punkte, dostupný z <<http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,529820,00.html>> [online, dne 20.3. 2010]
9. Deutsche Aktien uneinheitlich - US-Zinssenkung stützt Erholung, dostupný z <http://archiv.mopo.de/archiv/2008/20080122/deutschland-welt/wirtschaft/deutsche_aktien_uneinheitlich_us_zinssenkung_stuetzt_erholung.html> [online, dne 30.3. 2010]
10. Deutsche-Bank-Chef fordert Eingreifen der Regierung, dostupný z <<http://www.bild.de/BILD/news/wirtschaft/2008/03/19/boersenkrise/deutsche-bank-chef-fordert-eingreifen.html>> [online, dne 15.3. 2010]
11. Dax-Konzern Hypo Real Estate vor Kollaps, dostupný z <<http://www.welt.de/wirtschaft/article2505773/Dax-Konzern-Hypo-Real-Estate-vor-Kollaps.html>> [online, dne 22.3. 2010]

-
12. Der Monat der Rettungspakete, dostupný z <<http://www.tagesschau.de/wirtschaft/chronologiefinanzmarktkrise106.html>> [online, dne 23.3. 2010]
 13. Wie die Autoindustrie auf den Abschwung reagiert, dostupný z <<http://www.welt.de/wirtschaft/article2646093/Wie-die-Autoindustrie-auf-den-Abschwung-reagiert.html>> [online, dne 8.3. 2010]
 14. Island: Anleger der verstaatlichten Kaupthing-Bank müssen Entschädigung beantragen, dostupný z <<http://www.der-finanz-experte.de/index.php/2008/10/16/island-anleger-der-verstaatlichten-kaupthing-bank-mussen-entschadigung-beantragen/>> [online, dne 30.3. 2010]
 15. Finanzkrise: Bundesrat stimmt Rettungspaket für Finanzmarkt zu, dostupný z <<http://www.forium.de/redaktion/finanzkrise-bundesrat-stimmt-rettungspaket-fuer-finanzmarkt-zu/>> [online, dne 30.3. 2010]
 16. Steuern senken - gegen die Krise, dostupný z <<http://www.wiwo.de/politik-weltwirtschaft/steuern-senken-gegen-die-krise-383279/>> [online, dne 11.3. 2010]
 17. Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung: das erste Konjunkturpaket im Überblick, dostupný z <<http://www.bmwi.de/BMWi/Navigation/Wirtschaft/Konjunktur/konjunkturpaket-1,did=287550.html>> [online, dne 2.3. 2010]
 18. Commerzbank zu einem Viertel verstaatlicht, dostupný z <<http://www.abendblatt.de/wirtschaft/article590832/Commerzbank-zu-einem-Viertel-verstaatlicht.html>> [online, dne 3.3. 2010]
 19. Německá vláda odhlasovala obří balík na podporu ekonomiky, dostupný z <http://ekonomika.idnes.cz/nemecka-vlada-odhlasovala-obri-balik-na-podporu-ekonomiky-pm7-/eko-zahranicni.asp?c=A090127_113042_eko-zahranicni_ven> [online, dne 3.3. 2010]
 20. Kabinett beschesetließt Enteignungsgz, dostupný z <<http://www.tagesschau.de/wirtschaft/hre302.html>> [online, dne 30.3. 2010]
 21. Merkel macht Bad-Bank-Frage zur Chefsache, dostupný z <<http://www.welt.de/politik/article3561475/Merkel-macht-Bad-Bank-Frage-zur-Chefsache.html>> [online, dne 31.3. 2010]

-
22. EU kontrolliert Ratingagenturen, dostupný z <<http://www.zeit.de/online/2009/18/eu-ratingagenturen-kontrolle>> [online, dne 24.3. 2010]
 23. G7-Finanzminister sehen Hoffnungsschimmer, dostupný z <<http://www.news.de/wirtschaft/805719522/g7-finanzminister-sehen-hoffnungsschimmer/1/>> [online, dne 30.3. 2010]
 24. HRE wird staatlicher, Opel vorerst gerettet, dostupný z <<http://www.tagesschau.de/wirtschaft/chronologiefinanzmarktkrise122.html>> [online, dne 30.3. 2010]
 25. Was bedeutet die Arcandor-Insolvenz?, dostupný z <<http://www.tagesschau.de/wirtschaft/arcandorinsolvenz100.html>> [online, dne 12.3. 2010]
 26. Banken geben Quelle benötigten Kredit, dostupný z <<http://www.mdr.de/nachrichten/6505388.html>> [online, dne 13.3. 2010]
 27. Milliardenpolster schmilzt schneller als gedacht, dostupný z <<http://www.tagesschau.de/wirtschaft/arbeitsagentur116.html>> [online, dne 15.3. 2010]
 28. BBB-Analyse (August 2009): Arbeitslosenzahl steigt leicht, dostupný z <<http://www.bildungsspiegel.de/aktuelles/bbb-analyse-august-2009-arbeitslosenzahl-steigt-leicht.html?Itemid=262>> [online, dne 16.3. 2010]
 29. 2. Quartal 2009: Kurzarbeit und geringere Sonderzahlungen führen zu sinkenden Nominal- und Reallöhnen, dostupný z <http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pm/2009/09/PD09__354__623,templateId=renderPrint.psm> [online, dne 17.3. 2010]
 30. Der Topf ist leer, dostupný z <<http://www.stern.de/auto/service/ende-der-abwrackpraemie-der-topf-ist-leer-1506659.html>> [online, dne 17.3. 2010]
 31. Drei Milliarden Euro für die Bankenrettung, dostupný z <<http://www.tagesschau.de/wirtschaft/banken170.html>> [online, dne 30.3. 2010]
 32. Karstadt-Beschäftigte verzichten auf Millionenhttp, dostupný z <<http://www.tagesschau.de/wirtschaft/karstadt148.html>> [online, dne 30.3. 2010]
 33. Kabinett verlängert Regelung zur Kurzarbeit, dostupný z <<http://www.tagesschau.de/wirtschaft/kurzarbeit138.html>> [online, dne 20.3. 2010]

-
34. Weniger Arbeitslose im November, dostupný z <<http://www.tagesschau.de/wirtschaft/arbeitslosenzahlen140.html>> [online, dne 30.3. 2010]
 35. Metternich soll bei Kreditkonflikten vermitteln, dostupný z <<http://www.tagesschau.de/wirtschaft/kreditmediator100.html>> [online, dne 10.3. 2010]
 36. Kompromiss: EU stärkt Finanzaufsicht, dostupný z <<http://www.dnews.de/nachrichten/wirtschaft/149109/kompromiss-eu-starkt-finanzaufsicht.html>> [online, dne 20.3. 2010]
 37. Bundestag nickt Steuerpaket ab, dostupný z <<http://www.stern.de/politik/deutschland/umstrittene-entlastungen-bundestag-nickt-steuerpaket-ab-1526803.html>> [online, dne 30.3. 2010]
 38. Deutscher Staatshaushalt rutscht tiefer ins Minus, dostupný z <http://wirtschaft.t-online.de/deutschland-2009-mit-hoerem-defizit-als-bisher-gemeldet/id_21857124/index> [online, dne 30.3. 2010]
 39. Wirtschaftskrise löst neue Pleitewelle aus, dostupný z <http://www.focus.de/finanzen/news/konjunktur-wirtschaftskrise-loest-neue-pleitewelle-aus_aid_476748.html> [online, dne 31.3. 2010]
 40. "Eines der besten Jahre" für den Arbeitsmarkt ist vorbei, dostupný z <<http://www.tagesschau.de/wirtschaft/arbeitslosenzahlen110.html>> [online, dne 30.3. 2010]
 41. OECD-Beschäftigungsausblick 2009: Situation in Deutschland, dostupný z <http://www.oecd.org/document/14/0,3343,de_34968570_35008930_43708366_1_1_1_1,00.html> [online, dne 30.3. 2010]